

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



02.11.2021

Carsharing-Angebote attraktiver gestalten und Anreize für die Anbieter schaffen

Die Landeshauptstadt München und ihre zuständigen Referate werden gebeten, sich mit den großen Carsharing-Diensten auszutauschen und darauf hinzuwirken, dass deren Geschäftsgebiete in Stadtrandlagen, dem Umland sowie an P+R-Anlagen für die Anbieter attraktiver gestaltet und Anreize für eine Erweiterung des Geschäftsgebiets der Anbieter gesetzt werden.

Begründung

Um den Verkehr in München effektiv zu reduzieren, ist es nötig, attraktive Angebote für den Umstieg machen zu können. Carsharing in München wird stetig weiter ausgebaut. Allerdings fokussieren sich die Bemühungen der Anbieter noch weitgehend auf die lukrativen Innenstadtviertel und verschärfen dort manches Verkehrsproblem.

In München werden dicht besiedelte, aber abgelegene Gebiete wie die Messestadt Riem oder das unmittelbar an die Geschäftsgebiete von ShareNow und Miles angrenzende Hasenberg nicht angedient. Im Nordosten der Stadt bietet ShareNow dagegen seine Dienste jenseits der Münchner Innenstadt und des eigentlichen Geschäftsgebiets mit dafür extra geschaffenen Rückgabeflächen an (z.B. Flughafen, das Areal rund um den Hauptsitz von ProSiebenSat.1, einen Bürokomplex der Allianz in Unterföhring sowie einzelne Gebiete im Münchner Süden).

Betrachtet man die Außengrenzen der Geschäftsgebiete und deren Anteil an der Gesamtfläche, so ist zu erkennen, dass die Anbieter ihre Dienste vor allem in urbanen, hochverdichteten Gebieten anbieten. In Stadtteilen, die mit Bus und Bahn bereits gut angebunden sind, gibt es oft mehrere Sharingangebote nebeneinander. Dies führt jedoch kaum zu einer Verbesserung der Mobilität. Zudem ist die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für den Klimaschutz deutlich sinnvoller. Die Anbieter meiden jedoch augenscheinlich Gebiete mit mäßig ausgebautem Nahverkehr und hoher Bevölkerungsdichte.

Sharing-Stationen an P+R-Parkplätzen mit attraktiver Anbindung an die Innenstadt sowie in Randlagen, in denen sie den spärlich ausgebauten Nahverkehr gut ergänzen, können die Inanspruchnahme von Sharing-Angeboten attraktiver machen und den Verkehr innerhalb der Stadt entlasten. Gegenwärtig fehlen jedoch Angebote in Stadtrandgebieten, dem Umland sowie an P+R-Anlagen.

Die CSU-Stadtratsfraktion fordert deshalb die Stadtverwaltung auf, im Austausch mit den großen Sharinganbietern attraktive Lösungskonzepte, wie z.B. die Einbindung der Dienste in die „MVG More App“, zu entwickeln und die Geschäftsgebiete zu erweitern.

Manuel Pretzl

Fraktionsvorsitzender

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



10.09.2021

E-Scooter: MVG-Kooperationspartner zu mehr Rücksicht verpflichten

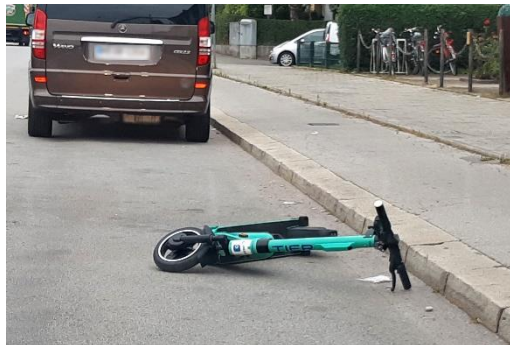
Die MVG wirkt auf ihren Kooperationspartner TIER dahingehend ein, dass das Unternehmen beispielsweise durch eine höhere Kontrolldichte oder die Sanktionierung betreffender Nutzer dafür Sorge trägt, dass seine Leih-E-Scooter rücksichtsvoll und ohne Blockade von Fuß- oder Radwegen bzw. Parkplätzen im Straßenraum abgestellt werden.

Begründung

E-Scooter-Angebote stellen einen immer beliebter werdenden Teil des innerstädtischen Mobilitätsverhaltens dar und können zu einer Entlastung des Straßensystems beitragen. Mit mehr Nutzern und verfügbaren Leihrollern entstehen jedoch auch neue Probleme, da diese oft so abgestellt sind, dass sie Fuß- und Radwege oder Parkplätze blockieren. Dasselbe gilt mitunter für Leihfahrräder. Dies führt gerade für mobilitätseingeschränkte Personen, aber auch Eltern mit Kinderwägen zu besonderen Schwierigkeiten. Mit ihrem Kooperationspartner TIER hat auch die MVG selbst ein Leihrollerangebot im Portfolio. Gerade ein Unternehmen, das mit der städtischen Verkehrsgesellschaft kooperiert und auf dessen Scooter sich auch entsprechende Aufkleber befinden, muss hier unbedingt mit gutem Beispiel vorangehen und verantwortungsvoll sicherstellen, dass seine Fahrzeuge keine anderen Verkehrsteilnehmer blockieren.



Roller blockiert Gehweg



Roller liegt auf Parkplatz

(Fotos: F. Ewald)

Fabian Ewald (Initiative)
Stadtrat

Jens Luther
Stadtrat

Andreas Babor
Stadtrat

Hans Hammer
Stadtrat

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



10.09.2021

Rücksichtsloses Abstellen von Leih-E-Scootern und anderen Kleinstfahrzeugen ahnden

Die Landeshauptstadt München stellt dar, inwieweit rücksichtsloses Abstellverhalten bei Leih-Kleinstfahrzeugen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann bzw. ob es möglich ist, eine Beseitigung auf Kosten der Anbieter durchzuführen.

Begründung

E-Scooter-Angebote stellen einen immer beliebter werdenden Teil des innerstädtischen Mobilitätsverhaltens dar und können zu einer Entlastung des Straßensystems beitragen. Mit mehr Nutzern und verfügbaren Leihrollern entstehen jedoch auch neue Probleme, da diese oft so abgestellt sind, dass sie Fuß- und Radwege oder Parkplätze blockieren. Dasselbe gilt mitunter für Leihfahrräder. Dies führt gerade für mobilitätseingeschränkte Personen, aber auch für Eltern mit Kinderwägen zu besonderen Schwierigkeiten. Im Straßenverkehr gilt das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme, das an prominenter Stelle in der StVO verankert ist. Genauso wie es aus diesem Grund eine Ordnungswidrigkeit darstellt mit einem Kraftfahrzeug auf einem Geh- oder Radweg zu parken, ist das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme auch dann verletzt, wenn beispielsweise mit Leih-E-Scootern oder -Fahrrädern Geh- und Radwege oder Parkplätze verstellt werden, was anderen Verkehrsteilnehmern das Leben schwer macht und im Einzelfall auch die Sicherheit gefährdet. Auch hier sollte es eine Möglichkeit geben dies zu unterbinden.

Fabian Ewald (Initiative)

Stadtrat

Jens Luther

Stadtrat

Andreas Babor

Stadtrat

Hans Hammer

Stadtrat

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



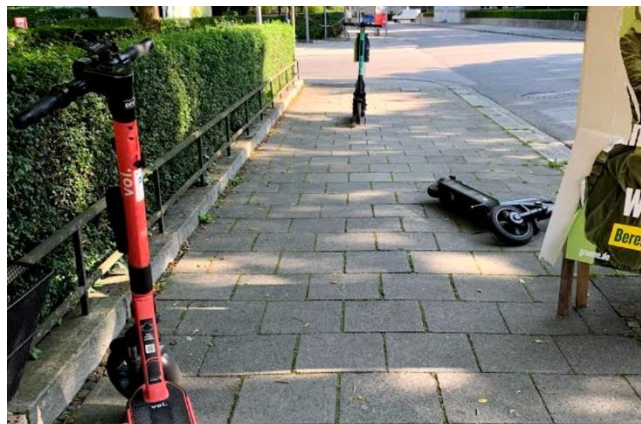
10.09.2021

Zentrale Online-Meldemöglichkeit für falsch abgestellte Leih-E-Scooter und -Fahrräder

Die Landeshauptstadt München richtet in Kooperation mit den gängigen Leihanbietern eine Online-Meldeplattform ein, mit der rücksichtslos abgestellte, abgelegte oder umgeworfene E-Scooter und -Fahrräder mit genauem Standort benutzerfreundlich gemeldet und eine zügige Beseitigung (innerhalb von 24 Stunden) auf Kosten der Anbieter veranlasst werden kann. Dies umfasst sowohl Kleinstfahrzeuge, die wichtige Verkehrsflächen blockieren, als auch solche, die sich an ungeeigneter Stelle auf Privatgrund befinden. Eine Integration in die München-App und die städtische Mängelmeldungsplattform soll geprüft werden.

Begründung

E-Scooter-Angebote stellen einen immer beliebter werdenden Teil des innerstädtischen Mobilitätsverhaltens dar und können zu einer Entlastung des Straßensystems beitragen. Mit mehr Nutzern und verfügbaren Leihrollern entstehen jedoch auch neue Probleme, da diese oft so abgestellt sind, dass sie Fuß- und Radwege oder Parkplätze blockieren. Dasselbe gilt mitunter für Leihfahrräder. Dies führt gerade für mobilitätseingeschränkte Personen, aber auch für Eltern mit Kinderwägen zu besonderen Schwierigkeiten.



*Ungewollter Slalom-Parcours zwischen E-Scootern und Wahlplakat
(Foto: P. Schön)*

Eine zentrale Online-Meldemöglichkeit, mit der in kurzer Zeit eine Beseitigung von störenden Fahrzeugen veranlasst werden kann, ist hilfreich, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Fabian Ewald (Initiative)

Stadtrat

Jens Luther

Stadtrat

Andreas Babor

Stadtrat

Hans Hammer

Stadtrat



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 02.02.2021

Auswirkungen des neuen Personenbeförderungsgesetzes auf das Mobilitätsangebot in München darstellen

Antrag

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat in enger Abstimmung mit der Münchner Verkehrsgesellschaft über die Auswirkungen der bevorstehenden Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes auf den Öffentlichen Personennahverkehr, das Taxigewerbe und das Mietwagengewerbe in München.

Begründung

Auf Bundesebene wird derzeit an der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) gearbeitet. Das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) regelt, unter welchen Voraussetzungen Unternehmen Fahrgäste mit Bussen, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen, Mietwagen sowie Taxen befördern dürfen. Das Gesetz kann damit konkrete Auswirkungen auf Angebote der MVG (bspw. den IsarTiger), auf die Marktsituation des Taxigewerbes und neue Mobilitätsanbieter, wie z.B. Uber haben.

Durch die Änderung des Personenbeförderungsgesetzes wird sowohl eine neue Form des Linienverkehrs innerhalb des ÖPNV (Linienbedarfsverkehr) als auch eine neue Form des Gelegenheitsverkehrs außerhalb des ÖPNV (gebündelter Bedarfsverkehr) eingeführt und einzelne Regelungen zum Taxen- und Mietwagenverkehr angepasst. Stadtverwaltung und MVG werden deshalb gebeten darzustellen, wie sich diese Änderungen auf das Verhältnis von öffentlichen und privaten Anbietern von Mobilität (ÖPNV, Taxigewerbe, Mietwagengewerbe) in München auswirken.

SPD/Volt-Fraktion

Initiative:
Christian Müller
Nikolaus Gradl
Andreas Schuster
Simone Burger
Roland Hefter
Felix Sproll
Micky Wenngatz
Lars Mentrup
Christian Vorländer

Fraktion Die Grünen-Rosa Liste

Paul Bickelbacher
Mona Fuchs
Sofie Langmeier
Gudrun Lux
Florian Schönemann
Christian Smolka
Sibylle Stöhr



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 27.11.2020

Verkehrswende konsequent bürgernah gestalten II: Förderung von Shared Mobility durch Mobilitätsstationen

Antrag

Die Stadt München baut - in enger Zusammenarbeit mit der Münchner Verkehrsgesellschaft - bis 2025 das bestehende Netz der Mobilitätsstationen flächendeckend aus. Dabei wird ein Konzept von *Mobilitätspunkten* – an U-Bahn- und S-Bahnstationen – sowie *Mobilitätspunktchen* – in dezentralen Wohnquartieren – erarbeitet. An Mobilitätsstationen werden Angebote wie CarSharing, BikeSharing und Angebote wie Elektro-Roller oder Pedelecs gebündelt und mit einer MVV-Station oder einem Wohnquartier verknüpft, damit der Verzicht auf ein eigenes Auto und damit der Umstieg auf Shared Mobility in Kombination mit U-Bahn, Bus und Tram vereinfacht wird. Der Platz für Mobilitätsstationen kann durch die Umwandlung von Stellplätzen geschaffen werden. In Wohnquartieren können wir uns auch das Bremer Modell der *Punktchen* vorstellen, bei denen zum Beispiel CarSharing mit Radabstellanlagen für das eigene Fahrrad kombiniert werden. Beim Ausbau der Mobilitätsstationen an Knotenpunkten des öffentlichen Personennahverkehrs sind Synergien mit Radabstellanlagen, wie im Radentscheid beschlossen, anzustreben.

Begründung

Berlin hat mit dem Konzept Jelbi, Hamburg mit SwitchHH, Bremen mit mobil.punkt bereits ein dichtes Netz an Mobilitätsstationen, teilweise auch in perfekter Laufnähe zu ÖPNV-Stationen. Stationäres CarSharing und die verfügbaren Sharing-Angebote in der Nähe zum Wohnort führen wie Studien belegen dazu, dass Bewohner*innen ihr eigenes Auto abschaffen oder gar keines kaufen, wenn sie an einen entsprechend ausgestatteten Ort ziehen. München muss bei der Shared Mobility, die oftmals 100% lokal emissionsfrei ist, Vorreiter werden. Abstimmungsschwierigkeiten zwischen KVR, MVG und MVV müssen durch eine bessere Koordination im neuen Mobilitätsreferat minimiert und so bis 2021 – gerne auch nur mit einfachen baulichen Mitteln wie bei Jelbi in Berlin – erste Schritte erkennbar sein. Es macht Sinn ein Konzept zu entwickeln, dass z.B. auch private Bauträger, großflächigen Einzelhandel und Arbeitgeber*innen gegen Übernahme der Realisierungskosten in ihre riesigen Parkplätze integrieren können, um z.B. auch den Stellplatzschlüssel zu senken (ähnlich wie dies heute mit einem Mobilitätskonzept möglich ist). Bereits bestehende Mobilitätsstationen und MVG-Rad-Stationen sollten in das Konzept integriert werden.

SPD/Volt-Fraktion

Nikolaus Gradl
Andreas Schuster
Simone Burger
Christian Müller
Roland Hefter
Felix Sproll
Dr. Julia Schmitt-Thiel

Fraktion Die Grünen-Rosa Liste

Paul Bickelbacher
Gudrun Lux
Mona Fuchs
Sofie Langmeier
Florian Schönemann
Christian Smolka
Sibylle Stöhr

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Andreas Babor

ANTRAG

04.06.2020

Misstände bei E-Scootern beseitigen

Der Stadtrat möge beschließen:

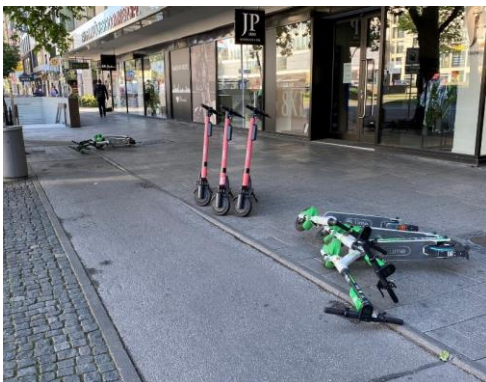
Die Landeshauptstadt möge in Absprache mit den Anbietern von Miet-E-Scootern das Abstellproblem lösen

Begründung:

E-Scooter ergänzen die Mobilität in der Stadt und sind ein Baustein moderner Mobilitätskonzepte.

Gleichwohl besteht Handlungsbedarf bei den Standflächen von E-Scootern. Eine Vielzahl von willkürlich auf Geh- und Fahrradwegen abgestellten E-Scootern beeinträchtigt nicht nur das Stadtbild, sondern sorgen teilweise für eine Behinderung der Fußgänger und Radfahrer.

Die Landeshauptstadt möge zusammen mit den Anbietern ein Konzept entwickeln, das geeignet ist, eine Behinderung der Fußgänger und Radfahrer künftig zu vermeiden.



Private Aufnahme am 28.05.2020, Sonnenstraße

Andreas Babor
Stadtrat



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 14.02.2020

ANTRAG

E-Scooter im ganzen Stadtgebiet anbieten!

Die Landeshauptstadt München setzt sich mit E-Scooter-Anbietern mit dem Ziel ins Benehmen, dass diese ihr Geschäftsgebiet auf die ganze Stadt ausweiten. Außerdem sollen auch alle Anbieter verträglichere Möglichkeiten zum Abstellen der E-Scooter schaffen.

Begründung:

E-Scooter sind zu einem Baustein der Mobilität in München geworden. Dabei können sich Münchnerinnen und Münchner schnell und unkompliziert diese ausleihen, um kurze Strecken wie z.B. den Weg zur U-Bahn zurücklegen. Dieses Angebot ist aber nicht im ganzen Stadtgebiet verfügbar. Auch in Außenbezirken, wo die ÖPNV-Anbindung nicht so gut ist, wären E-Scooter eine sinnvolle Verbesserung des Mobilitätsangebots in der Landeshauptstadt München. Um auf Gehwegen das unkontrollierte Chaos beim Abstellen zu vermeiden, wären Regularien bzw. feste Abstellplätze sinnvoll. Ein Anbieter in München geht nun mit gutem Beispiel voran und führt für das ordnungsgemäße Abstellen seiner E-Scooter einen Bonus ein. Die anderen Anbieter sollten hier auch nachziehen.

Initiative:

Richard Progl

weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim,
Mario Schmidbauer, Andre Wächter

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de

0001



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 11.02.2020

ANTRAG
Carsharing auf das ganze Stadtgebiet ausweiten!

Die Landeshauptstadt München verpflichtet Anbieter von sogenanntem free-floating Carsharing ihr Angebot auf das ganze Stadtgebiet auszuweiten.

Begründung:

Carsharing ist ein Baustein der Mobilität in München. Dabei können sich Münchnerinnen und Münchner schnell und unkompliziert ein Auto ausleihen. Bei den sogenannten free-floating Anbietern sind die Fahrzeuge über das Geschäftsgebiet verteilt und können mit Hilfe einer App ausgeliehen werden. Das Abstellen erfolgt wiederum an keinem festen Standort. Dieses Angebot ist aber nicht überall in München verfügbar. Besonders in den Randbezirken fehlt dies.

Die Anbieter von free-floating Carsharing erhalten durch die Landeshauptstadt München einige Vorteile, wie z.B. die Möglichkeit die Autos kostenlos parken zu dürfen. Somit sollten diese auch beim Angebotsgebiet mit der LHM kooperieren und sich nicht nur die lukrativsten Viertel aussuchen.

Initiative: **Richard Progl**
weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim,
Mario Schmidbauer, Andre Wächter



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 20.01.2020

Antrag
Allach-Untermenzing stärken IV
Mobilitätsstationen installieren

Der Stadtrat möge beschließen:

Im 23. Stadtbezirk werden zusätzlich zu dem Angebot MVG Rad an geeigneten Standorten Mobilitätsstationen errichtet, an denen auch Leih-Lastenräder angeboten werden sollen.

Begründung:

Viele Münchnerinnen und Münchner, die im 23. Stadtbezirk Allach-Untermenzing leben, beklagen eine stetige Zunahme des Verkehrs. Autofahrer stehen oft und lange im Stau und finden selten einen freien Parkplatz. Mobilitätsstationen können hier einen wichtigen Beitrag zur Entlastung darstellen.

MVG-Räder stellen eine attraktive, günstige und flexible Ergänzung zu den öffentlichen Verkehrsmitteln dar. Zum Einkaufen oder Transportieren von größeren Gegenständen können Leih-Lastenräder eine praktische und vor allem umweltfreundliche Alternative zum Auto sein.

Johann Sauerer (ÖDP)

Sonja Haider (ÖDP)

Tobias Ruff (ÖDP)



Fraktion im Münchner Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl

ANTRAG

10.12.2019

**Umsteigeangebote für Pendler massiv ausbauen (9):
P+R mit Carsharing verbinden**

Die Verwaltung legt ein Konzept vor, an welchen P+R-Anlagen eine Zusammenarbeit mit Car-Sharing-Anbietern vorgenommen werden kann.

Begründung:

Um den Verkehr nach und aus München effektiv zu reduzieren, ist es nötig, attraktive Angebote für den Umstieg zu machen.

Car-Sharing in München wird forciert und weiter ausgebaut. Allerdings fokussieren sich die Bemühungen derzeit noch weitgehend auf die Innenstadt. Stadtrandgebiete, das Umland sowie Angebote an P+R-Anlagen fehlen noch. Sharing-Stationen an P+R-Parkplätzen mit attraktiver Anbindung an die Innenstadt können die Inanspruchnahme von Sharing-Angeboten attraktiver machen.

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender
2. Bürgermeister

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion • Rathaus • 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 20.11.2019

In innerstädtischen Bestandsquartieren den Autoverkehr reduzieren

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in einem oder mehreren gewachsenen innerstädtischen Quartieren ein großangelegtes Modellprojekt unter Beteiligung der Bürger*innen zu initiieren. Dieses soll zum Ziel haben, Instrumente und Anreize zu entwickeln, mit denen es gelingt, den Autoverkehr sowie den Besitz eines eigenen Autos zu reduzieren.

Begründung

Das Ziel, auch jenseits der Altstadt den Autoverkehr zu reduzieren, ist nur erreichbar, wenn die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Münchnerinnen und Münchnern (z.B. in Haidhausen oder der Maxvorstadt) erörtert, was getan werden kann und muss, damit möglichst viele von ihnen bereit sind, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Dies soll in einem großen Modellprojekt untersucht werden.

Ein Aspekt dabei ist die Stadt der kurzen Wege. Es sollen die Defizite im Bestand von Dienstleistungen, bei Handel und Gewerbe und die Möglichkeiten zu deren Ausgleich eruiert werden. Durch intelligente Liefersysteme wird zukünftig die Grundlage dafür hergestellt, den Verkehr in den Stadtteilzentren zu reduzieren. Es werden Haltestellen und Abfahrzeiten des ÖPNV auf sinnvolle Verdichtung untersucht. Durch Carsharing-Angebote in Verbindung mit Elektro-Ladestationen sowie durch die vermehrte Möglichkeit, Lastenräder auszuleihen, sollen Anreize geschaffen werden, auf ein eigenes Fahrzeug zu verzichten. Der öffentliche Raum wird hinsichtlich seiner Aufwertungsmöglichkeiten überprüft und es werden neben der Erhöhung der Aufenthaltsqualität Umverteilungen zugunsten des Fuß- und Radverkehrs vorgenommen.

gez.

Anne Hübner
Verena Dietl
Renate Kürzdörfer
Hans Dieter Kaplan
Heide Rieke

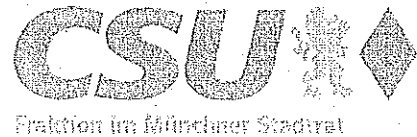
Bettina Messinger
Kathrin Abele
Jens Röver
Christian Vorländer

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23392627, Fax: 089-23324599
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de





Fraktion im Münchner Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Johann Sauerer
Stadträtin Dorothea Wiepcke

ANTRAG

26.08.2019

Safer Scooter

Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit den E-Scooter Betreibern ein nachhaltiges und für alle verträgliches Park- oder Abstellkonzept zu entwickeln. Ebenso soll die Verwaltung darauf hinwirken, dass an den Fahrzeugen klare, unmissverständliche Nutzerhinweise angebracht werden. Vor allem der Hinweis, dass das Fahren unter Alkoholeinfluss sich selbst und andere gefährdet und gegebenenfalls gesetzlich sanktioniert wird, soll plakativ und mehrsprachig am Fahrzeug angebracht werden.

Begründung:

E-Scooter können eine vernünftige Ergänzung im immer dichter werdenden Verkehr einer Großstadt sein. Bisher gibt es laut Angaben aus der Verwaltung ca. 3000 E-Roller in München. Leider häufen sich die Beschwerden, dass E-Scooter teilweise nach der Nutzung für andere Verkehrsteilnehmer, meist Fußgänger, behindernd abgestellt werden. Vor allem für Menschen mit Behinderung kann dies zu Unfällen führen. Dies widerspricht auch dem Grundsatz einer inklusiven Stadtentwicklung.

Laut einer Pressemitteilung gab es seit 15. Juni über 700 Trunkenheitsfahrten mit E-Scootern. Das Fahren unter Alkoholeinfluss birgt ein großes Unfallrisiko und zieht darüber hinaus strafrechtliche Konsequenzen nach sich. Darauf sollten die Benutzer eindringlich hingewiesen werden. Vor allem für Führerscheineulinge kann dies unangenehme Folgen haben. Die Nutzer sollten zumindest auf der jeweiligen App auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass das Fahren in Fußgängerzonen oder Parkanlagen (z.B. Englischer Garten) nicht erlaubt ist. Die Hinweise sollen mehrsprachig, aber zumindest auf Deutsch und Englisch formuliert werden, da viele E-Scooter von Touristen benutzt werden. Auch andere Großstädte, wie Berlin, melden ähnliche Probleme. Die Möglichkeiten von Regelungen sind verwaltungstechnisch, die Landeshauptstadt München betreffend, aufgrund der gesetzlichen Regelungen beschränkt. Deshalb wäre es sehr wichtig, dass die Verwaltung zusammen mit den Betreibern schnell umsetzbare Regelungen findet und diese zeitnah umsetzt. Es wäre sehr schade, wenn der durchaus vernünftige Ansatz der individuellen Elektromobilität ähnlich endet, wie 2018 der Versuch eines unreglementierten Leihradsystems.

Initiative:
Johann Sauerer
Stadtrat

Dorothea Wiepcke
Stadträtin

Nr. 14-201 A 04618



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Dorothea Wiepcke
Stadtrat Johann Sauerer
Stadtrat Sebastian Schall
Stadträtin Anja Burkhardt
Stadträtin Sabine Bär
Stadtrat Richard Quaas

ANTRAG

31.10.2018

MVG-App weiterentwickeln zur Münchner-Mobilitäts-App

Die MVG-App wird zu einer All-in-one-Münchner-Mobilitäts-App weiterentwickelt.

Begründung:

In Großstädten gibt es vielfältige Möglichkeiten, Wege zurückzulegen. Uns ist daran gelegen, den Menschen in München, den Service zu bieten, auf einen Blick zu erkennen, welches der vielfältigen Verkehrsmittel in der jeweiligen Situation, das Richtige für sie ist. Als Verbraucher wünscht man sich nämlich genau das: Alle Angebote in einer App und auf einen Klick. Kein App-Chaos mehr auf dem Smartphone, kein lästiges Wechseln zwischen den einzelnen Angeboten und Anbietern. Die MVG-App sollte genau zu so einer App weiterentwickelt werden: Dem Nutzer soll stets die beste Verbindung von A nach B angezeigt werden – transparent, gleichwertig und nutzerfreundlich. Möglichst viele Mobilitätsangebote sollten zu diesem Zweck in der App gebündelt sein: Fußwege, Radlstrecken, Leihfahrrad-Angebote, ÖPNV-Verbindungen inkl. Service-on-demand, Autostrecken, Carsharing/E-Roller-Angebote, Taxi, Fahrgemeinschafts-Angebote und Handy-Park-App. Diese Gesamt-App sollte die Echtzeitdaten wie Zugverspätungen, Standortdaten von bestellten Verkehrsmitteln oder am Zielort zur Verfügung stehende Parkplätze mit einbinden. Dies böte den Bürgern Orientierung im Stadtverkehr und trüge zur einfacheren Gestaltung von Mobilität in urbanen Räumen bei.

Ergänzt werden könnte die App durch eine Fragemaske, in der regelmäßige Fahrstrecken erfasst werden. Hierzu sollten folgende Parameter erfasst werden: Start, Ziel, Fahrstrecke, Uhrzeit, evtl. die zeitliche Varianz (fixer Start oder nicht). So könnte die App die gemeinschaftliche Nutzung von Verkehrsmitteln attraktiver gestalten und helfen, Verkehr zu ver-

ringern. Schließlich hätte eine solche App den Vorteil, dass man bei Bedarf das Nutzerverhalten entsprechend steuern könnte.

Initiative:
Dorothea Wiepcke
Stadträtin

Johann Sauerer
Stadtrat

Sebastian Schall
Stadtrat

Anja Burkhardt
Stadträtin

Sabine Bär
Stadträtin

Richard Quaas
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Dorothea Wiepcke
Stadtrat Johann Sauerer
Stadtrat Sebastian Schall
Stadträtin Anja Burkhardt
Stadträtin Sabine Bär
Stadtrat Richard Quaas

ANTRAG

31.10.2018

MVG-App weiterentwickeln zur Münchner-Mobilitäts-App

Die MVG-App wird zu einer All-in-one-Münchner-Mobilitäts-App weiterentwickelt.

Begründung:

In Großstädten gibt es vielfältige Möglichkeiten, Wege zurückzulegen. Uns ist daran gelegen, den Menschen in München, den Service zu bieten, auf einen Blick zu erkennen, welches der vielfältigen Verkehrsmittel in der jeweiligen Situation, das Richtige für sie ist. Als Verbraucher wünscht man sich nämlich genau das: Alle Angebote in einer App und auf einen Klick. Kein App-Chaos mehr auf dem Smartphone, kein lästiges Wechseln zwischen den einzelnen Angeboten und Anbietern. Die MVG-App sollte genau zu so einer App weiterentwickelt werden: Dem Nutzer soll stets die beste Verbindung von A nach B angezeigt werden – transparent, gleichwertig und nutzerfreundlich. Möglichst viele Mobilitätsangebote sollten zu diesem Zweck in der App gebündelt sein: Fußwege, Radlstrecken, Leihfahrrad-Angebote, ÖPNV-Verbindungen inkl. Service-on-demand, Autostrecken, Carsharing/E-Roller-Angebote, Taxi, Fahrgemeinschafts-Angebote und Handy-Park-App. Diese Gesamt-App sollte die Echtzeitdaten wie Zugverspätungen, Standortdaten von bestellten Verkehrsmitteln oder am Zielort zur Verfügung stehende Parkplätze mit einbinden. Dies böte den Bürgern Orientierung im Stadtverkehr und trüge zur einfacheren Gestaltung von Mobilität in urbanen Räumen bei.

Ergänzt werden könnte die App durch eine Fragemaske, in der regelmäßige Fahrstrecken erfasst werden. Hierzu sollten folgende Parameter erfasst werden: Start, Ziel, Fahrstrecke, Uhrzeit, evtl. die zeitliche Varianz (fixer Start oder nicht). So könnte die App die gemeinschaftliche Nutzung von Verkehrsmitteln attraktiver gestalten und helfen, Verkehr zu ver-

ringern. Schließlich hätte eine solche App den Vorteil, dass man bei Bedarf das Nutzerverhalten entsprechend steuern könnte.

Initiative:

Dorothea Wiepcke
Stadträtin

Johann Sauerer
Stadtrat

Sebastian Schall
Stadtrat

Anja Burkhardt
Stadträtin

Sabine Bär
Stadträtin

Richard Quaas
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Sebastian Schall
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadtrat Thomas Schmid

ANTRAG

07.12.2017

München verstärkt seinen Beitrag zur Luftreinhaltung durch Forcierung der Durchdringung von E-Fahrzeugen und Car-Sharing Flotten sowie durch Kooperationen mit der Industrie (Anpassung IHFEM Beschluss vom Juli 2017)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München schafft weitere Vorteile für die Nutzung von E-Fahrzeugen (bzw. emissionsfreien Fahrzeugen) und Car-Sharing durch eine schrittweise Umwidmung öffentlicher Stellplätze und verstärkten und bedarfsgerechten Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur in Kooperationen mit der Industrie. Das Referat für Umwelt und Gesundheit wird beauftragt, vor der Umsetzung weiterer Maßnahmen mit den Partnern eine schriftliche Vereinbarung mit den beteiligten Partnern zu schließen (Memorandum of Understanding). Das Planungsreferat wird beauftragt, über Bürgerpartizipation und Angebotsverbesserungen die Nachfrage nach öffentlichen Stellplätzen zu reduzieren.

Konkret sollen von den bis dato ca. 70.000 Stellplätzen innerhalb der Parklizenzgebiete bis Ende 2019 insgesamt 5.000 öffentliche Stellplätze (gut 7%) je zur Hälfte gemäß Elektromobilitätsgesetz und Car Sharing Gesetz gewidmet werden und ab 2020 jährlich fünf Prozent. Der beschlossene Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur auf 500 Ladesäulen respektive vermittels eines PPP Modells wird um die Schaffung einer Grundlastnachfrage durch elektrifizierte Car Sharing Flotten seitens der Industrie verstärkt. Umsetzung und Erfolgsmonitoring werden im Rahmen eines Memorandum of Understanding mit den Partnern transparent und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Begründung:

Die Landeshauptstadt hat mit ihrem integrierten Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität (IHFEM) deutschlandweit bereits Maßstäbe gesetzt. Auch Car Sharing wird seit April 2016 gefördert. Diese Maßnahmen sollen jetzt verstärkt und ergänzt werden, um den Beitrag der Landeshauptstadt zur Verbesserung der Luftqualität und zur Förderung von Mobilitätsalternativen noch einmal deutlich zu beschleunigen. Dazu sollen Nutzungsvorteile im Alltag dadurch geschaffen werden, dass öffentliche Parkplätze

schrittweise für E-Fahrzeuge (Elektromobilitätsgesetz) und für Car Sharing Flotten (Car-Sharing-Gesetz) gewidmet werden.

Diese Widmung verspricht eine hohe Wirkung, weil ein Pkw im Durchschnitt 23 Stunden parkt und nur eine Stunde bewegt wird und dementsprechend das schnellere Finden eines Parkplatzes einen starken Anreiz ausübt, das individuelle Mobilitätsverhalten im Sinne des Gemeinwohles zu verändern. Beispiele im Ausland zeigen zudem, dass Förderungen generell ihre Wirkungen auch erzielen (Oslo, Amsterdam, Kopenhagen).

Der bereits beschlossene und weitere bedarfsgerechte Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur / das PPP Modell sowie die nunmehr schrittweise Widmung der öffentlichen Stellplätze macht es erforderlich, dass diese gewidmeten Stellplätze von Anfang an genutzt werden. Dafür eignen sich Car-Sharing-Flotten ideal, weil sich deren Größe und Antriebsmix vergleichsweise schnell anpassen lassen. Deshalb ist es für das Gemeinwohl von entscheidender Bedeutung, dass der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur und die schrittweise Widmung der öffentlichen Stellplätze an Wachstum und schrittweise Elektrifizierung der Car Sharing Flotten gekoppelt werden.

In Zukunft ist ein gleichgerichtetes und abgestimmtes Vorgehen der Partner ebenso erfolgsentscheidend wie ein Erfolgsmonitoring: Die Landeshauptstadt hat bereits öffentliche Mittel investiert und erteilt nunmehr mit der Widmung öffentlicher Stellplätze Nutzungsvorteile in großem Umfang; Car-Sharing-Betreiber/Automobilindustrie und private Investoren tätigen jeweils Investitionen mindestens in zweistelligem Millionenbereich; nicht zuletzt müssen die Beiträge von Verwaltung und Stadtwerken entsprechend ausgerichtet werden. Deshalb soll das federführende Referat für Gesundheit und Umwelt ab sofort die weiteren Planungen gemeinsam mit den Partnern aus Verwaltung und Wirtschaft vorantreiben und vor der Umsetzung die Einzelheiten der Zusammenarbeit (z.B. Zeitplan, Standorte, Technologie) zwischen den beteiligten Partnern im Rahmen eines Memorandum of Understanding transparent und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

In diesem Prozess sollen die Mobilitätsbedürfnisse aller Münchner erfüllt werden. Große Chancen für das Gemeinwohl ergeben sich aus dem Umstand, dass viele Pkw-Besitzer gerade in den verdichteten Innenstadtquartieren lieber ohne eigenes Fahrzeug (auto-)mobil sein wollten. Deshalb wird das Planungsreferat beauftragt, Partizipationsprozesse aufzusetzen, um diesen Bedürfnissen ein entsprechendes Angebot zu schaffen und auf diese Weise Stellplatzflächen für das Gemeinwohl zu gewinnen.

Dieses grundsätzliche Vorgehen ist zwischen den Partnern der Inzell-Initiative im Rahmen der E-Allianz bereits abgestimmt und am 17. November 2017 einstimmig beschlossen worden. Deshalb soll das Memorandum of Understanding umgehend, spätestens jedoch mit der Vergabe des PPP-Modells im ersten Quartal des Jahres 2018 gezeichnet und veröffentlicht werden.

Manuel Pretzl, Stadtrat

Sebastian Schall, Stadtrat

Ulrike Grimm, Stadträtin

Thomas Schmid, Stadtrat

Die **SPD-Fraktion**
im Bezirksausschuss 17
Obergiesing-Fasangarten



München, 15.05.2021

Mobilitätsstationen im 17. Stadtbezirk planen und einrichten

Antrag der SPD-Fraktion zur BA-Sitzung am 08.06.2021

Antrag

Der Bezirksausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung, insbesondere das Mobilitätsreferat, wird aufgefordert, die Einrichtung von „Mobilitätsstationen“ im 17. Stadtbezirk zu prüfen. Nach dem Vorbild bestehender Standorte sollen hier verschiedene Mobilitätsformen (ÖPNV, Leihfahrräder, Leih-E-Roller, Carsharing) gebündelt werden und Synergien für die Bürger*innen besser nutzbar gemacht werden.

Insbesondere sind hierbei Standorte in der Nähe folgender Verkehrsknotenpunkte zu prüfen:

- Giesinger Bahnhof
- Tegernseer Platz
- S-Bahn-Haltestelle Fasangarten

An geeigneten Standorten sollen die Abstellflächen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Auch bei der Neugestaltung des Tegernseer Platzes soll dieser Aspekt besonders berücksichtigt werden, um diesen zentralen Verkehrsknotenpunkt zukunftsfähig zu gestalten.

Begründung

Bereits an einigen Orten in München finden sich zentrale Mobilitätsstationen. Von Seiten des Mobilitätsreferats wurde in der virtuellen Vorstellung der Shared Mobility-Konzepte der LHM am 6.5.2021 in Aussicht gestellt, dass dieses Konzept in der Zukunft weiterhin ausgebaut werden soll. Derartige Mobilitätsstationen ermöglichen den reibungslosen Umstieg zwischen diversen Mobilitätsformen für unterschiedliche Bedürfnisse. Sie können dazu beitragen, bestehende Angebote besser auszulasten und insbesondere das Aufkommen an ungenutzten, parkenden PKW an diesen Knotenpunkten zu verringern.

Dr. Klaus Neumann

Felix Palm

Vorsitzender d. UA Mobilität und Verkehr
Mitglied der SPD-Fraktion

Stv. Fraktionssprecher der SPD im BA 17

OBERGIESING-
FASANGARTEN

SPD

Fraktionssprecher: Alexander Schmitt-Geiger

089 - 51 39 96 00 alexander.schmitt-geiger@spd-ba17.de

Stellv. Fraktionssprecher: Felix Palm

0151 - 46 53 14 97 felix.palm@spd-ba17.de

www.spd-ba17.de - www.facebook.com/spdba17.de



**Die Münchner SPD
SPD-Fraktion im
Bezirksausschuss 14 Berg am
Laim**
www.spd-bal.de

**Fraktion der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im
Bezirksausschuss 14 Berg am Laim**

Fraktionssprecherin:

Daniela Schäfer
Rofanstraße 18
81825 München

Tel.: 01578 1968688

email: schaefer.alt@kabelmail.de

Fraktionsmitglieder:

Regine Ewald

Alexander Friedrich

Martin Meisen

Panteleimon Christofilis

München, 21.5.2021

Antrag der SPD Fraktion

Anschaffung von Leih-Lastenfahrrädern in Berg am Laim

Antrag

Die MVG führt im Rahmen ihres Radverleihs MVG Rad bedarfsgerecht Lastenfahrräder oder E-Lastenfahrräder in Berg am Laim zur Ausleihe ein. Die Lastenräder sollen an allen MVG-Rad-Stationen im Stadtviertel angeboten werden. Um möglichst vielen Menschen eine Ausleihe zu ermöglichen, ist der Preis der Ausleihe möglichst niedrig anzusetzen.

Begründung:

Lastenräder eignen sich gut zum Transport sperriger und schwerer Güter. Oftmals ist es nicht möglich, diese in öffentlichen Verkehrsmitteln zu transportieren, außerdem können oder wollen sich eine steigende Zahl von BürgerInnen keinen PKW anschaffen. Lastenräder könnten beim Transport eine Hilfe sein, allerdings sind solche Räder in der Anschaffung oftmals sehr teuer. Um den motorisierten Individualverkehr auf den Münchner Straßen zu reduzieren und den Berg am LaimerInnen das Leben etwas einfacher zu machen, wäre die Bereitstellung von (E-)Lastenrädern ein geeignetes Mittel.

Initiative: Alexander Friedrich

Antrag für die Plenumsitzung des Bezirksausschusses Berg am Laim am 27.04.2021

Antrag: Zusätzliche Stattauto Standorte in Berg am Laim

Die Stadt München richtet zusammen mit Stattauto, der MVG und MVV zusätzliche Standorte des Münchner Car-Sharing Anbieters in Berg am Laim ein, um Berg am Laimer Bürger*innen auch die Mobilität mit dem Automobil zu errichten, wenn kein eigenes Auto zur Verfügung steht oder stehen kann.

Mögliche Standorte sind:

- Aldi Parkhaus Baumkirchen Mitte (hier stehen die Parkdecks meist leer, vor allem das zweite Geschoss des Parkhauses erreicht selten eine Auslastung von mehr als 10%; die Stadt München sollte entsprechend mit dem Eigentümer verhandeln)
- Erweiterung bestehender Standort mit entsprechender Förderung und Unterstützung der Stadt (vor allem Park + Ride Parkplatz Michaelibad und Trausnitzstraße)

Begründung des Antrags:

Die städtische Mobilität der Zukunft muss aus verschiedenen Gründen stärker auf Alternativen zum privaten Automobil beruhen. Car-Sharing Angebote können hier eine wichtige Rolle spielen, um Automobilität allen Bürgern zur Verfügung zu stellen, egal ob ein Auto besessen wird, oder nicht.

Nicht nur in Berg am Laim, sondern auch in anderen Stadtbezirken hat sich hier vor allem Stattauto als kostengünstiger, verlässlicher und gut organisierter Anbieter etabliert. Daher sollten die Kapazitäten im Stadtbezirk erhöht werden.



Antragssteller: Julian Ziegmaier, Mitglied im Bezirksausschuss Berg am Laim, Die Linke



Fraktion im Bezirksausschuss 08

Schwanthalerhöhe

München, den 1.3.2021

Antrag an den Bezirksausschuss 08 Schwanthalerhöhe für die Sitzung am 23.3.2021

Carsharing-Parkplätze auszeichnen

Der Bezirksausschuss beauftragt die Landeshauptstadt München, im Stadtviertel Schwanthalerhöhe speziell für Carsharing-Fahrzeuge reservierte Parkplätze auszuweisen. Hierbei sollen pro Wohnblock zunächst 2 derartige Parkplätze entstehen.

Hintergrund: Gemeinschaftlich genutzte Autos reduzieren den Parkdruck in unseren Städten und stellen einen wichtigen Teil eines modernen Mobilitätskonzeptes dar. Immer mehr Menschen verzichten auf ein eigenes Auto und nutzen stattdessen derartige Angebote des Carsharings. Durch das Carsharinggesetz und die StVO-Novelle aus dem Jahr 2020 sind die rechtlichen Grundlagen für die Förderung von Carsharing im öffentlichen Verkehrsraum verbessert worden. Zur Erleichterung der Nutzung dieser gemeinschaftlich genutzten Angebote beantragt der Bezirksausschuss 8 die Einrichtung von explizit für Carsharing-Fahrzeuge reservierten Stellflächen (s. 45. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 20.4.2020, §39, neuer Absatz 11). Hierbei sollen pro Block 2 Parkplätze ausgezeichnet werden. Die Nutzung dieser reservierten Stellflächen wird nur Carsharing-Anbietern zugestanden, deren Fahrzeuge elektrisch betrieben sind (Anlage 3, Ergänzung der laufenden Nummer 10). Die Parkplätze sind idealerweise mit Ladesäulen auszustatten.

Desweiteren wird beantragt, die Bereiche gebührenpflichtigen Parkens (Parkschein) oder durch Parkscheibe im Viertel für Carsharing-Fahrzeuge generell freizustellen. Da im Viertel an diesen Straßenzügen generell Parkschein-Automaten aufgestellt sind, kann diese Freistellung durch einfache Kennzeichnung allein am Parkscheinautomaten angegeben werden (s. 45. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 20.4.2020).

Referenz: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020 Teil I Nummer 19, ausgegeben zu Bonn am 27. April 2020

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Dr. Michael Czisch,
Manuela Diebold, Daniel Günthör, Anja Kaiser, Florian Kraus, Sarah Seefßen-Kozumplik, Michael Schelle, Sibylle Stöhr

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktion im BA 14

Geschäftsstelle für den Bezirksausschuss 14
Friedenstraße 40

81660 München

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bezirksausschuss 14 Berg am Laim**

Brigitte Schulz **Manuel Weiß**
Fraktionssprecher*innen
Alexandra Nürnberger **Hubert Kragler**
Barbara Reichart **Julian Strunz**

ba14@gruene-bergamlaim-trudering-riem.de
<https://gruene-bergamlaim-trudering-riem.de>

Antrag: Mobilitätsstationen in Berg am Laim

Der Bezirksausschuss möchte von der „AG Sharing Mobility“ und der SWM/MVG wissen, ob und wann neue Mobilitätsstationen in Berg am Laim geplant sind bzw. wo noch Planungen möglich wären.

Begründung

Die Stadt wollte mit den Grundsatzbeschluss „Sharing Mobility“ 2019 Mobilitätsangebote in ganz München schaffen, die allen Bürger*innen zur Verfügung stehen sollen. Aus diesem Anlass hat auch der BA 14 am 28.01.2020 einen Antrag zu „Sharing-Angebote“ (Nr.: 14/20 B 07440) beschlossen, um dies auch in Berg am Laim zu fördern.

Die folgende Antwort vom Beteiligungsmanagement in der HA3 am 05.05.2020 war, dass die „AG Sharing Mobility“ und die SWM/MVG die vorgeschlagenen Standorte für Mobilitätsangebote nun prüfen.

Der Bezirksausschuss möchte nun sowohl von der „AG Sharing Mobility“ als auch von der SWM/MVG folgendes wissen:

- Wie weit sind die Prüfungen in den über 9 Monaten fortgeschritten?
- Welche Orte in Berg am Laim sind für Mobilitätsstationen vorgesehen und wie sieht hier der Zeitplan konkret aus?
- Und welche weiteren Orte wären für Mobilitätsstationen noch denkbar und sinnvoll? Hier sollten vorrangig in der Nähe von Haltestellen des ÖPNV-Netzes Mobilitätsstationen eingerichtet werden.

SPD-Fraktion im Bezirksausschuss 10 - Moosach

Fraktionssprecher*in:

Hanna Kammermaier •

• E-Mail: hanna.kammermaier@spd-moosach.de

Riad el Sabbagh •

• E-Mail: riad.elsabbagh@spd-moosach.de



**An den Bezirksausschusses 10 München-Moosach
der Landeshauptstadt München**

München, den 21.01.2021

Erweiterung des Geschäftsgebiets des Car-Sharing Angebots in Moosach

Antrag

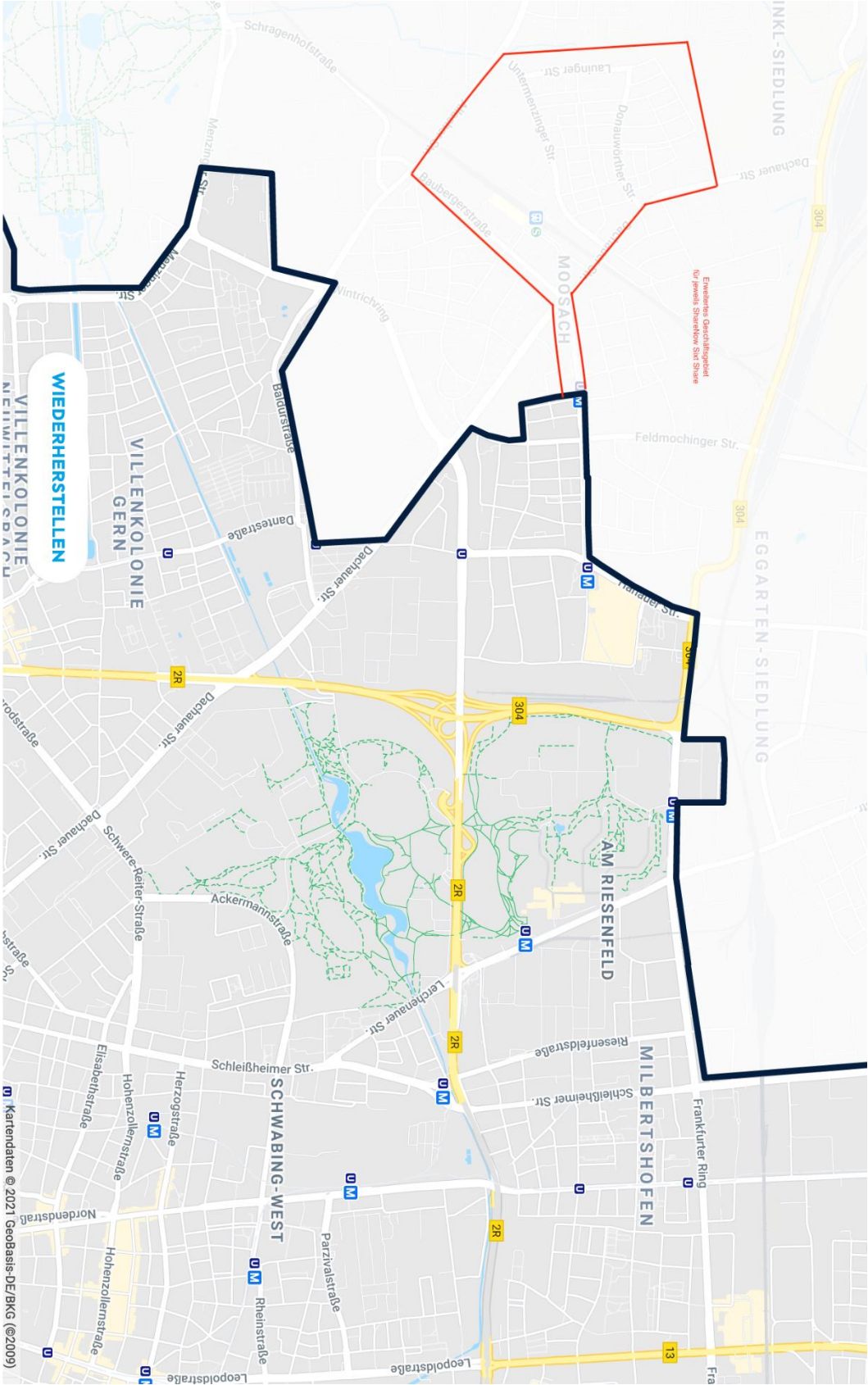
Der Bezirksausschuss bittet das Mobilitätsreferat mit den in München ansässigen Car-Sharing Unternehmen über die Erweiterung des Geschäftsgebiets um die Gebiete rund um den Moosacher Bahnhof, den nördlich gelegenen Wohnsiedlungen und der Moosacher Meile (siehe Anlage), in Verhandlung zu treten.

Begründung

Da sich in den letzten Jahren rund um den Moosacher Bahnhof und die Moosacher Meile vermehrt Gewerbe wie Hotels, Gastronomie und Supermärkte angesiedelt haben, ist die Nachfrage nach Mobilität vor allem für die nördlich des Moosacher Bahnhofs gelegenen Siedlungsgebiete, welche relativ schlecht durch den ÖPNV erschlossen sind, gestiegen. Vor allem ältere und finanziell schwächere Mitmenschen sowie die in Zukunft zu erwartenden Student*innen, die sich durch das geplante Studentenwohnheim hier ansiedeln werden, sollen von der Erweiterung des Geschäftsgebiets und der dadurch steigenden Attraktivität des Car-Sharing-Angebots profitieren.

Außerdem ist durch die in Zukunft zu erwartende Verkehrswende immer weniger Raum für PKWs und im Gegenzug mehr Platz für den Fuß-, Rad-, und öffentlichen Nahverkehr vorgesehen. Daher ist eine steigende Nachfrage für Car-Sharing Angebote zu erwarten.

Aktuelles Geschäftsgebiet (mit zukünftiger Erweiterung in Rot)





BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Sendlinger Straße 47 · 80331 München

An die Geschäftsstelle des BA 15

Friedenstr. 40

81660 München

München, den 29.10.2020

GRÜNE Fraktion im Bezirksausschuss 15
Trudering / Riem / Messestadt

Herbert Danner
Dr. Susanne Weiß
Sprecher und Sprecherin der Fraktion

Eva Döring, Claudia Grefen, Christoph Heidenhain,
Elise Pouvreau, Dr. Ruth Pouvreau, Cemre Sağlam,
Regina Schreiner, Dr. Sven Thorspecken
Fraktionsmitglieder

ba15@gruene-bergamlaim-trudering-riem.de

Mobilitätsstationen für den Münchner Osten

Antrag:

Im Münchner Osten werden – vorrangig an geeigneten Haltestellen des schienengebundenen ÖPNV-Netzes – Mobilitätsstationen eingerichtet, als ein wesentlicher Baustein für eine urbane Mobilität ohne (eigenes) Auto.

An den Mobilitätsstationen sollen folgende Fahrzeuge angeboten werden: ein breites Angebot an Carsharing Fahrzeugen verschiedener Anbieter möglichst elektrifiziert inklusive Ladestationen, MVG-Radstation mit MVG Rad/MVG eRad/MVG eTrike, Lastenräder, ggfs. auch Taxis. Wo möglich, soll das Modell „Park and Bike“ realisiert werden.

Sinnvoll erscheint eine gemeinsame Strategie der BAs im Münchner Osten,
BA 13, (z. B. am gut ausgebauten P&R-Platz am S-Bahnhof Daglfing)
BA 14, (z. B. an einer der 3 Parkplatzflächen am U-Bahnhof Michaelibad)
BA 15, Truderinger U/S-Bahnhof (P&R) Süd und/oder Nord, Einkaufs-/Ortszentrum an der Truderinger Straße, Wasserburger Landstraße Einkaufs-/Ortszentrum, Messestadt U-Bahnhof West oder Ost
BA 16, (z. B. U/S-Bahnhof Neuperlach Süd). Die BAs 13, 14 und 16 werden gebeten, sich mit eigenen Vorschlägen dem BA 15 anzuschließen.

Begründung:

Mobilitätsstationen haben sich in München (Münchner Freiheit, Isarvorstadt und Neuaubing/Westkreuz) bewährt, ebenso in anderen deutschen und europäischen Städten. Sie sind für eine urbane Mobilitätswende ein unverzichtbares Werkzeug, um Mobilität bereitzustellen und gleichzeitig den Kfz-Verkehr zu reduzieren. Im Münchner Osten sollen deshalb in möglichst allen Stadtvierteln an geeigneten Orten entsprechende Angebote eingerichtet werden.

Beschlossen in der BA-Sitzung am 19.11.2020

Ja

Nein

Initiative: Herbert Danner, Susanne Weiß, Christoph Heidenhain

<https://gruene-bergamlaim-trudering-riem.de>

Fraktion der Grünen im BA 22



Dagmar Mosch
Karin Binstener
Siegfried Liedl
Barbara Ney

Für den Antrag:
Dagmar Mosch
Karin Binstener
Sigi Liedl

8.8.2018

Antrag
Entfernung der Fahrräder der Firma O-Bike

Der Bezirksausschuss 22 fordert die Stadt München auf, ein Konzept mit geeigneten Maßnahmen zu erarbeiten, die Fahrräder der Firma O-Bike zeitnah aus dem Stadtbild zu entfernen.

Begründung:

Im Stadtbezirk 22 stehen bzw. liegen an allen (un)möglichen Stellen die Fahrräder der Firma O-Bike herum. Sie besetzen an Fahrradständern dringend benötigte Fahrradabstellmöglichkeiten und verschandeln außerdem das Stadtbild.

Diese sind zum großen Teil zerstört und nicht mehr fahrtüchtig. Der offensichtliche Vandalismus an diesen Rädern muss nicht weiter öffentlich ausgestellt werden. Ob das Ausleihsystem überhaupt noch funktioniert, ist ebenfalls fraglich. Es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um diese Fahrräder entweder wieder ihrer ursprünglichen Aufgabe zu zuführen oder sie zu entfernen.

Interfraktioneller Antrag des UA Öffentlicher Raum und Mobilität

Bezirksausschuss 2 Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt

15.6.2018

ANTRAG

Der Bezirksausschuss 2 möge beschließen:

Die Stadt München fordert die Firma O-Bike auf, deren nicht fahrtüchtigen Fahrräder aus dem Hochwasserbett der Isar zu entfernen, alle anderen benutzungsfähig an geeigneten Orten abzustellen. Nach Ende einer dafür besetzten Frist soll die Stadt die Fahrräder auf Kosten der Anbieterin selbst entfernen und lagern.

Begründung:

Nach dem Abzug des großen Teils aller Fahrräder der Firma O-Bike sind unserer Information nach nur noch wenige Hundert Fahrräder im Stadtgebiet verblieben. Da diese nicht wie die Räder anderer Anbieter über GPS zu orten sind, ist die Inaugenscheinnahme und Instandsetzung, bzw. der Transport abgestellter Räder an attraktive Orte nicht zu gewährleisten.

Wir distanzieren und ausdrücklich von der Sachbeschädigung fremden Eigentums. Aber das kann kein Grund sein für das Desinteresse, dass O-Bike ihrem eigenen Besitz gegenüber zeigt.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf der Firma O-Bike eine Frist zu setzen, das Hochwasserbett in der Isar von den teil in Bäumen hängenden, teil schon zugewachsenen Rädern zu befreien, bzw. selbst für die Beseitigung zu sorgen.

Wir wissen, dass mehrere Stadtbezirke von der Problematik betroffen sind und bitten darum, die Isar-Stadtbezirke über die Möglichkeiten der Stadt und das Vorgehen zu informieren.

Initiative: Arne Brach

UA ÖRM des Bezirksausschuss 2

Vorsitzender: Florian Florack (CSU)

Mitglieder:

Arne Brach, Christoph Schröder, Hubert Ströhle, Andreas Klose (Grüne/Rosaliste), Barbara Turczynski-Hartje, Franz Bruckmeir (SPD), Rudi Cermak, Armin Müller (CSU)



UA ÖRM des Bezirksausschuss 2

Vorsitzender: Florian Florack (CSU)

Mitglieder:

Arne Brach, Christoph Schröder, Hubert Ströhle, Andreas Klose (Grüne/Rosaliste), Barbara Turczynski-Hartje, Franz Bruckmeir (SPD), Rudi Cermak, Armin Müller (CSU)

Antrag – O-Bike an der Isar

Seite 2 von 1



Antrag an den
BA 21
Pasing/Obermenzing
[für die Sitzung am 06.03.2018]

München, den 14. Februar 2018

Ungeordnetes Abstellen von Rädern durch kommerzielle Fahrradverleiher

Antrag

Im Stadtbezirk 21 sowie im gesamten Stadtgebiet werden seit ca. ½ Jahr Fahrräder der Firma „oBike“ u.a. zur Miete angeboten. Die LHM wird gebeten mittels einer Satzung das Aufstellen von Leihfahrrädern zu ordnen.

Begründung

Die oBike's u.a. nehmen immer mehr Platz im öffentlichen Raum ein und sind zum Teil chaotisch in den Grünanlagen sowie auf Wegen abgestellt, so dass dem BA 21 das Für und Wider einer Satzung aufgezeigt werden soll. Dies kann entweder schriftlich oder mündlich von kompetenten Mitarbeitern/innen der LHM im Unterausschuss Bau erfolgen.

Das Beispiel „Rad-Verleih“ durch die MVG kann im Vergleich dazu nur Schule machen.

BA-Mitglied

Karl-Heinz Wittmann
[FW]

Fraktionssprecherin

Söllner-Schaar
[SPD]

BA-Mitglied

Willy Schneider
[SPD]

[Anlage – Fotodokumentation]



An die
Geschäftsstelle des BA 15
Friedenstr. 40
81660 München

13.9.2017

Mobilitätsstationen im Stadtbezirk 15

Antrag zur Stadtratsvorlage:

Der BA 15 fordert die LH München auf, zu prüfen, an welchen Standorten im Stadtbezirk 15 Mobilitätsstationen sinnvoll sind, und deren Errichtung schnellstmöglich voranzutreiben.

Begründung:

Multimodale Mobilitätsstationen stellen eine Alternative zur Nutzung des mIV dar. Sie sind auch in Stadtbezirken außerhalb des mittleren Rings eine wichtige Ergänzung zum bestehenden Angebot. Insbesondere an Knotenpunkten wie den U-/S-Bahnstationen Trudering, Riem, Messestadt West und Messestadt Ost, aber auch an weiteren Standorten können sie einen wichtigen Beitrag zur Mobilität leisten.

Beschlossen in der BA-Sitzung am 14.9.2017

Ja Nein

Initiative:

Herbert Danner, Rupert Rösch, Eva Döring, Cemre Saglam, Regina Schreiner

Bürgerversammlung des 1. Stadtbezirkes am 12. 07. 2021

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Abstellen von E-Rollern

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

E-Roller sind von den Betreibern bei Auslieferung aber auch von Nutzern so abzustellen, daß es keine Behinderung gibt - sonst Ordnungswidrigkeit

- siehe Photos auf ppt.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

 ohne Gegenstimme angenommen mit Mehrheit angenommen ohne Gegenstimme abgelehnt mit Mehrheit abgelehnt

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Fahrräder + E-Roller

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Zulassung von E-Rollern |
Zurücknahme von E-Rollern, da kein Ausreichende
Versicherungsschutz

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten

[REDACTED]

Antrag auf der Bürgerversammlung vom 12.07.2021
an den Bezirksausschuss 1. Stadtbezirk Altstadt-Lehel
mit der Bitte um befürwortende Weiterleitung an die Stadtverwaltung

Ich stelle folgende 3 Anträge:

1. Die Radfahrer-Ampel für Radfahrer, die auf dem Altstadtring die Einmündung der Christophstraße überqueren, wird erst in dem Zeitpunkt auf Grün geschaltet, in dem der auf dem Altstadtring in Richtung Norden fahrende Allgemein-Verkehr grünes Ampellicht erhält.
2. Die Stadtverwaltung wird gebeten anzuordnen, dass zu mietende E-Scooter und E-Roller nur an Ladestationen bereitgestellt werden, deren Standorte mit der Stadtverwaltung zu bestimmen und von ihr zu genehmigen sind. Ist das nicht möglich, soll die Stadtverwaltung anordnen, dass die Betreiber der zu mietenden E-Scooter und E-Roller die Fahrzeuge so auf den Gehsteigen bereitstellen, dass der Fußgängerverkehr geringstmöglich behindert wird, und dass vor allem im Bereich von abgesenkten Bordsteinen eine Aufstellung untersagt wird. Ist eine solche Anordnung nicht zulässig, soll zumindest dementsprechend auf die Betreiber eingewirkt werden, vor allem auf den mit der Stadt kooperierenden Betreiber "TIER".
3. Es soll geprüft werden, ob in Fahrradstraßen im räumlichen Zusammenhang mit dem Zeichen 244.1 (Fahrradstraße) auch das Zeichen 274 (30 km/h) auf der Fahrbahn in vergleichbarer Größe angebracht werden kann, und bei Zulässigkeit in der Liebigstraße angebracht werden.

Begründung:

zu 1)

Die Ampelschaltung an der Kreuzung des Altstadtrings mit der Hofgartenstraße/Christophstraße stellt nach wie vor eine erhebliche Gefahrenquelle dar, weil für den vom Hofgarten kommenden Fußgänger- und Radverkehr für einen Zeitraum von mehreren Sekunden (von 2 bis zu ca. 8/9 Sekunden nach meiner Wahrnehmung) zeitgleich eine Grünphase angezeigt wird für den die Christophstraße überquerenden Fahrradverkehr, der in beiden Richtungen zugelassen ist. Vor allem für nicht ortskundige Personen die dort den Altstadtring zu Fuß oder mit dem Fahrrad überqueren, ist die Verkehrssituation unübersichtlich und überfordernd, weil vor allem die nordwärts auf dem Altstadtring fahrenden Radler sich häufig mit hoher Geschwindigkeit auf die Einmündung der Christophstraße zu bewegen und kein normal denkender nicht Ortskundiger damit rechnet, dass für einen gewissen Zeitraum gleichzeitig Grünphasen für sich im rechten Winkel aufeinander zu bewegendende Verkehrsteilnehmer existieren.

Bereits am 19.09.2012 hatte ich beantragt, die Ampelphase für die Fußgänger und Radfahrer, die an der Kreuzung Karl-Schmager-Ring/Franz-Josef-Strauß-Ring mit der Hofgarten- und der Christophstraße so zu schalten, dass eine gleichzeitige Grünphase der Fußgänger- und Radfahrerampel für die den Altstadtring auf der Nordseite Überquerenden mit den die Christophstraße Überquerenden ausgeschlossen ist, weil dies zu Gefahrensituation von einander im rechten Winkel begegnenden Radfahrern und Fußgängern führt. Dies wurde vom Kreisverwaltungsreferat abgelehnt mit der Begründung, der von mir beschriebene Gefahrenbereich befindet sich außerhalb des signalisierten Bereichs und unterliege deshalb den allgemeinen STVO-Regeln (vgl. Mail von [REDACTED] KVR, vom 06.11.2012 und vom 14.12.2012).

Diese Betrachtungsweise wurde und wird der tatsächlichen Situation nicht gerecht, denn die Verkehrsregelung für die die Christophstraße überquerenden Radfahrer und Fußgänger war und ist durch Ampel (Lichtzeichen) geregelt, sodass man normalerweise nicht damit rechnet, dass Radfahrer (teils mit hoher Geschwindigkeit) von rechts kommen, während man bei Grün von der Hofgartenstraße her den Altstadtring überquert, und dabei auch noch darauf achten muss, dass nicht auch von links ein Radfahrer

kommt. Selbst während der "Räumphase" müsste man sich darauf verlassen dürfen. Deshalb kam es schon damals zu gefährlichen Beinahe-Kollisionen, die der Grund für meinen damaligen Antrag waren.

Inzwischen hat sich die Verkehrssituation durch die Einrichtung der Christophstraße als Fahrradstraße grundlegend geändert mit der Folge, dass sich das Gefahrenpotential deutlich erhöht hat: Heute müssen aus Richtung Hofgarten kommende Radfahrer nicht mehr wie damals nach links auf den auf der Ostseite des Altstadtrings verlaufenden Fahrradweg einbiegen, sondern können quasi geradeaus in die Fahrradstraße Christophstraße einfahren. Damit ist auch für sie die den Querungsverkehr der Christophstraße regelnde Radfahrer-/Fußgängerampel verbindlich. Müssen sie jetzt im Straßenbereich stehenbleiben? Wo sollen sie sich nach der Überquerung des Altstadtrings aufhalten, wenn der Straßenbereich noch von aus der Christophstraße einbiegenden PKWs belegt ist, die an der Kreuzung wegen Radfahrern und/oder Fußgängern halten und noch nicht weiterfahren können?

Ich will anhand eines Vorfalles vom 25.10.2020 die Gefährlichkeit der derzeitigen Ampelregelung veranschaulichen: Ich überquerte mit dem Fahrrad vom Hofgarten kommend den Franz-Josef-Strauß-Ring bei Grün und wäre beinahe mit einer Radfahrerin zusammengestoßen, die ihrerseits bei Grün die Christophstraße überquerte. Durch einen aus der Christophstraße eingebogenen PKW, der wegen der mit mir den Franz-Josef-Strauß-Ring überquerenden Radfahrer und Fußgänger (Sonntag-Nachmittag!) warten musste, war mir die Sicht auf die Radfahrerin verdeckt, sodass ich sie erst im letzten Moment wahrnahm. Nur durch unser beiderseitig umsichtiges Fahrverhalten wurde ein Kollision verhindert. Ähnliche Situationen habe ich immer wieder erlebt.

Ich habe in den letzten Monaten etwa ein Dutzend mal die Ampelschaltung an dieser Kreuzung beobachtet und festgestellt, dass die gleichzeitige Grünphase über die Christophstraße und über den Altstadtring auf der Seite des Franz-Josef-Strauß-Rings zwischen 2 Sekunden und bis zu 9 Sekunden (nochmals: gleichzeitig!) variierte. Zumindest seit die Zufahrt für Radfahrer von der Hofgartenstraße zur Christophstraße zulässig ist, ist es meinem juristischen Sachverstand nicht mehr vermittelbar, dass dies nach der Straßenverkehrsordnung korrekt sein soll. Jedenfalls birgt diese Regelung eine erhebliche Gefahrensituation insbesondere unter Berücksichtigung des stark zugenommenen Fahrradaufkommens und der Tatsache, dass die Rücksichtslosigkeit mancher, vor allem der mit hoher Geschwindigkeit fahrenden Fahrradfahrer nicht abgenommen hat.

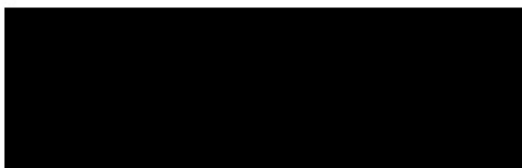
Ich beantrage deshalb, dass die "Grün"-Phase für die Radfahrerampel an der Christophstraße erst mit der "Grün"-Schaltung am Karl-Scharnagel-Ring freigeschaltet wird und nicht - wie jetzt - zeitgleich mit der "Grün"-Phase an der Hofgartenstraße.

Zu 2)

Die E-Scooter werden häufig in einer den Fußgängerverkehr behindernden Weise auf den Gehsteigen abgestellt, teils sogar im rechten Winkel zum Gehsteigverlauf oder an Straßeneinmündungen oder -kreuzungen im Bereich des abgesenkten Bordsteins und behindern damit vor allem Personen mit Kinderwagen, Rollstühlen oder Rollatoren. Die Stadtverwaltung wird gebeten, auf die Betreiber einzuwirken, dass eine möglichst geringe Behinderung des Fußgängerverkehrs bei der Aufstellung dieser Miet-Fahrzeuge beachtet wird.

Zu 3)

Nach meiner Wahrnehmung halten sich viele motorisierte Verkehrsteilnehmer nicht an die mit der Widmung als Fahrradstraße verbundene Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h. Ich glaube, dass viele Verstöße gegen diese Beschränkung auf Unwissenheit beruhen. Dem soll die von mir vorgeschlagene Regelung entgegenwirken.



Betreff - Antrag

e-Roller

Antrag zum Themengebiet Verkehr

Antrag 6: E - Roller

Die e - Rollerfahrer stellen die Fahrzeuge ab, wie sie ankommen. Ungeordnet und meist auf den Gehwegen mit Behinderungen und Gefahren für die Fussgänger, fahren auf den Fusswegen, auch oftmals zu zweit.

Mein Antrag lautet: Ich bitte um Zustimmung, dass die Verwaltung die e-Rollerverleihfirmen darauf hinweisen, dass sie dringend die e-Rollermieter auf das richtige Fahrverhalten hinweisen. Durch die Kartenzahlung und die Nummerierungen der e-Roller, sind die Mieter leicht auffindbar und sollten auch, bei Missachtung der Strassenverkehrsordnung, mit Bussgeldern belegt werden.

Raum für Vermerke des Direktoriums

- | | |
|---|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> ohne Gegenstimme angenommen | <input type="checkbox"/> mit Mehrheit angenommen |
| <input type="checkbox"/> ohne Gegenstimme abgelehnt | <input type="checkbox"/> mit Mehrheit abgelehnt |

Betreff - Antrag

Elektroroller im Stadtgebiet München

Antrag zum Themengebiet Verkehr

Antrag bei der Bürgerversammlung Maxvorstadt am 09.07.2021:

Der Stadtrat möge ein Konzept für das Abstellen von E-Roller sowohl für die Betreiber als auch für die Nutzer erarbeiten. Vorbild könnte das Verleihkonzept der MVG-Fahrräder sein.

- **Für E-Roller sind deutlich mehr gekennzeichnete Abstellflächen zu schaffen.**
- **Das Abstellen von E-Rollern außerhalb von gekennzeichneten Flächen muss für Nutzer spürbar sanktioniert werden.**
- **Den Betreibern von E-Rollern ist zur Auflage zu machen, dass Ihre Fahrzeuge nur auf ausgewiesenen Stellen zur Vermietung angeboten werden dürfen.**
- **Die Betreiber sind zu täglichen Kontrollfahrten zu verpflichten.**
- **Die Erteilung und die Verlängerung von Konzessionen für Betreiber sind an die Einhaltung und die Überwachung von Auflagen zu binden.**

Raum für Vermerke des Direktoriums

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

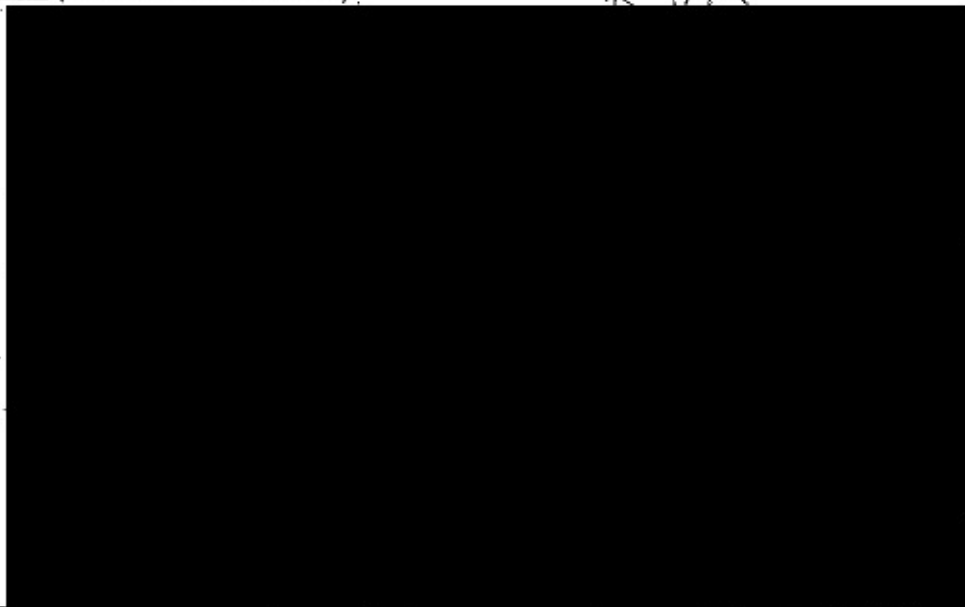
mit Mehrheit abgelehnt

Bürgerversammlung des Stadtbezirks am

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

KVR

Anrede
 Vorname
 Nachname
 Straße
 Hausnummer
 Postleitzahl
 Ort
 Stadtbezirk
 E-Mail-Adresse



Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden MitarbeiterInnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich; eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)		<input type="checkbox"/>
Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung-Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)		<input checked="" type="checkbox"/>
Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)	Einrichtung bei allen Verteilern (E-Roller + Räder) Mailadresse + Tel. Nummer	
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk (nicht als juristische Person)?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Ich möchte mein Anliegen	selbst vortragen <input checked="" type="checkbox"/>	Vortragen lassen <input type="checkbox"/>

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

7.11.19

Datum



Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.



Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 04. 07. 2019

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Mehr Anreize für autoreduziertes Wohnen schaffen!

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Antrag:

Ich beantrage, dass von der LHM mehr Anreize für autoreduziertes Wohnen geschaffen werden, z. B. durch die finanzielle Förderung von alternativen Mobilitätsangeboten wie Carsharing-Autos, Lastenfahrrädern, Dauerkarten für den öffentlichen Nahverkehr etc.

Begründung:

Autobesitzer wie Nicht-Autobesitzer profitieren von zusätzlichen alternativen Mobilitätsangeboten und davon, dass durch den geringeren Stellplatzbedarf mehr Grünflächen erhalten und Kosten gespart werden.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

- ohne Gegenstimme angenommen
- ohne Gegenstimme abgelehnt

- mit Mehrheit angenommen
- mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten

4

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Viel zu viele gelbe Klehräder in der Stadt

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise.

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Eingabe zur
Bürgerversammlung
des Stadtbezirk 5 - Au-Haidhausen
Bezirksteil Au
am 22.2.2018

Seit ca. einem halben Jahr wird die Stadt
München, so auch der Bezirksteil Au von einer
Plage heimgesucht: Die gelben Leihräder aus Fernost.
In der SZ wurde letzten Herbst darüber berichtet
und die Zahl 7000 genannt? Kann das sein?
Die Räder sind zahlreich u. vorwiegend an werbe-
wirksamen Sichtachsen platziert. Zum größten Teil
über Monate hinweg verbleiben sie an der gleichen
Stelle, werden also gar nicht benutzt. Seit Beginn
dieser Invasion habe ich eine einzige Person
damit "rad fahrend" gesehen.

An der Isar zur Frauenhofer Brücke liegen 6/7
Räder auf-übereinander - eine Verschandlung
öffentlichen Raums.

Hiermit wird die Stadtverwaltung aufgefordert,
diese Unverhältnismäßigkeit einzugrenzen.

Kann eine Verordnung nicht die Anzahl der
MVV Räder zum Maßstab für das Aufstellen
von Leihrädern nehmen? Oder gibt es andere
Möglichkeiten? Danke.

Bürgerversammlung des 1. Stadtbezirkes am 07. 12. 2017

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

GELBE + ORANGENE FAHRADLER

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

S. Beiblatt Antrag 4.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Zu Antrag 4 bitte ich um Zustimmung

Seit geraumer Zeit stehen an allen Ecken und Enden in der ganzen Stadt verteilt, einzeln oder in Dreiergruppen abgestellte gelbe und orange Fahrräder rum. Manchmal stehen sie auf dem Kopf, ein andermal liegen sie in Grünanlagen oder auf den Gehwegen. Ich beantrage und bitte um Zustimmung, dass diese Fahrräder aus der Innenstadt rausgehalten werden, da sie zu keinem Fahrradtourunternehmen gehören und unser Stadtbild sehr Verschandeln (siehe auch Presseberichte).

Zu Antrag 5 bitte ich um Zustimmung

Die Fussgängerzone am Marienplatz wurde gerade in wunderschöner Art erweitert und neu gepflastert. Man hat den Eindruck, als wären die Flächen zum Abstellen von Fahrrädern hergestellt worden. Ich bitte um Zustimmung, dass die Radlhauptstadt München Sorge dafür trägt, dass das wilde und unkontrollierte Abstellen von Fahrrädern vermieden wird und die Räder an geeigneter Stelle eine ordentliche Parkmöglichkeit erhalten. Die Radlständer an der Rathausrückseite sind schön, aber nicht ausreichend. Ausserdem werden sie von vielen Radlern nicht angenommen, was die Vielzahl der rumstehenden Fahrräder beweist. Ja selbst jetzt während des Weihnachtsmarktes stehen die Räder zwischen den Verkaufsbuden und dem Kaufhaus Ludwig Beck.

Zu Antrag 6 bitte ich um Zustimmung → abgelehnt

Innerhalb der blauen Zone, in der Altstadt, stehen auf Halteverbotsflächen immer wieder Fahrzeuge geparkt. Manchmal ist das Durchkommen mit eigenem PKW sehr schwierig, da viele Engstellen, auch bedingt durch die „kleinen“ Baustellen, vorhanden sind. Wenn ich die Falschparker auf evtl. Strafzettel hinweise, da sie auf „Halteverbot“ stehen, fragen sie mich regelmässig „wo steht dann dass?“ Die Schilder an den Einfahrten zur blauen Zone werden nicht beachtet. Ich bitte um Zustimmung, dass an neuralgischen Strassen und Engstellen, Halteverbotsschilder aufgestellt und zusätzlich noch mehr Kontrollen durchgeführt werden.

Zu Antrag 7 bitte ich um Zustimmung

Immer wieder kann beobachtet werden, dass sich fremde und einheimische Fahrzeuge, durch die S-Bahngrossbaustelle am Marienhof zwingen, bis zur Rückseite des Rathauses fahren, dort natürlich keinen Parkplatz bekommen und wieder umdrehen müssen. Die Stassen im Tal, Sparkassen-, Pfister-Hofgraben und Dienerstasse sind heillos verstopft. Ich bitte um Zustimmung, dass die Durchfahrt ab Isartor nur für Anlieger erlaubt wird, da bei diesem starken Verkehrsaufkommen, die Gefahr von Unfällen der Fussgänger mit den Autos im Raume steht. In anderen Grossstädten funktioniert das auch. Ausserdem wird die Umweltbelastung, durch die Parkplatzsucher, nochmals erhöht.

Zu Antrag 8 bitte ich um Zustimmung

Seit der Bundestagswahl am 24. September 2017, bzw. schon weit davor, stehen noch vereinzelt Werbe-Plakatständer, an Bäumen oder Verkehrsschildern befestigt, rum. Ich bitte um Zustimmung, dass diese, zum Teil schon vergammelten Schilder entfernt werden.

Stadtwerke München GmbH - 80287 München

Landeshauptstadt München
Mobilitätsreferat
Strategie
Strategische Mobilitätsplanung

Beschlussvorlage

„Mobilitätsstrategie 2035 - Einstieg in die Teilstrategie Shared Mobility - Etablierung von Mobilpunkten und Angebotsausweitung in München“

Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Stadtwerke München GmbH (SWM) sowie der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) nehmen wir im Folgenden zur Beschlussvorlage Stellung.

Wir bitten, auch unsere Anmerkungen und Änderungswünsche in der beigefügten kommentierten Beschlussvorlage zu berücksichtigen.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass im Rahmen der AG Shared Mobility zwar ein fachlicher Austausch zwischen der LHM, der SWM/MVG und anderen stattgefunden hat, eine Abstimmung der Teil- und Gesamtstrategie mit der MVG als städtisches Mobilitätsunternehmen jedoch nicht erfolgt ist.

Folglich darf die Beschlussvorlage auch nicht als von den Beteiligten der AG Sharing erarbeitetes Ergebnisdokument ausgelegt werden.

Zu den Inhalten der Beschlussvorlage ziehen wir folgendes Fazit:

Wie das MOR sieht die SWM/MVG den weiteren Ausbau des städtischen Gesamtverkehrssystems zu einem lückenlosen und integrierten Angebot als notwendig für die Verkehrswende an. Die BV enthält aus Sicht der MVG dafür viele positive Ansätze wie die Zielausrichtung und den Ausbau von Sharing, die Verknüpfung von Sharing und ÖPNV sowie bestimmte Steuerungselemente der LHM. An zentralen Stellen steht der Vorschlag jedoch deutlich der bisherigen Arbeit und der Stellung der MVG als das Mobilitätsunternehmen der Stadt entgegen. Dabei werden bestehende Angebote der MVG u.a. in Bezug auf ODM (On Demand Mobility), Bike-Sharing (MVG Rad), MaaS, Mobilitätsplattform, Apps, eTarife sowie der auch in der Digitalisierungsstrategie der LHM gesetzte M-Login als kommunale digitale ID nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt oder als irrelevant für die städtische Strategie dargestellt.

SW//M

Ressort Mobilität

Wir fahren für die 

Datum:
10. November 2021



Stadtwerke München GmbH
Ressort Mobilität

Postanschrift
80287 München

Hausanschrift
Emmy-Noether-Straße 2
80992 München

Telefon: +49 89 2191-0
www.mvg.de

Geschäftsführung
Dr. Florian Bieberbach (Vorsitzender)
Werner Albrecht
Ingo Wortmann
Helge-Uve Braun

Aufsichtsratsvorsitzender
Oberbürgermeister Dieter Reiter

Handelsregister
Amtsgericht München,
HRB 121920

USt-IdNr.
DE812500229

Gläubiger-ID
DE261000000030250

Bankverbindungen
Deutsche Bank AG
IBAN DE93 7007 0010 0220 1150 00
BIC DEUTDE33
Postbank AG
IBAN DE40 7001 0080 0037 0008 01
BIC PBNKDE33

Auch ist nicht nachvollziehbar, warum nun im Anschluss an das zweijährige Bestehen der AG Shared Mobility eine erneute **mehrfährige Konzeptionsphase** angestoßen werden soll bei gleichzeitiger heutiger **Verfügbarkeit vieler geforderter Produkte bei der MVG**. Um die Mobilitätswende voranzutreiben, sind diese Produkte **bereits heute** im Markt nötig.

Mit Blick auf die **Ausbauziele im ÖPNV** sowie die dafür **notwendige Finanzierung** ist es aus Sicht der SWM/MVG wichtig, die **Potentiale der einzelnen Verkehrsträger** in Relation zu setzen. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil des in Abschnitt 1.2.4 genannten Verlagerungspotentials bei MIV-Fahrten nicht durch reine Sharing-Fahrten, sondern durch eine Kombination, meist von Sharing und ÖPNV, ersetzt wird. Angaben im Modal Split beziehen sich jedoch immer auf den gesamten Weg, wobei ein Weg beim jeweiligen Hauptverkehrsmittel gezählt wird. Aus Sicht der SWM/MVG ist der zu erwartende Modal Split für Sharing somit deutlich niedriger als die angegebenen 8,3%. Im Gegenzug kann Sharing durch seine Zubringerfunktion den Modal Split des ÖPNV deutlich erhöhen. Ein ÖV-Ausbau im Sinne der Verkehrswende kann daher nicht durch Ausbau von Sharing ersetzt, jedoch ergänzt, werden.

Die SWM/MVG schlägt zudem vor, der Sharing-Strategie ein **Finanzierungskonzept** zur Seite zu stellen, welches die **Verkehrswende** voranbringt, ohne die **derzeitige Haushaltslage** außer Acht zu lassen. Potentiale sehen wir:

- in der Nutzung vorhandener Konzepte, Expertise und Dienstleistungen in der Stadt(familie) anstatt erneuter Vergaben und somit die Konzentration der Haushaltsmittel auf ausgewählte Maßnahmen;
- in der Abschöpfung von Finanzierungsquellen wie bspw. im Bereich ODM, wo in Teilen ein eigenwirtschaftlicher Betrieb denkbar ist und eine Durchfinanzierung mit öffentlichen Mitteln nicht notwendig ist;
- in der Abschöpfung von Zahlungsbereitschaft für eine digitale Integration auf die SWM/MVG-Plattform bspw. bei privaten Sharern;
- in der Inanspruchnahme von Fördermitteln;
- in der kritischen Diskussion der Aufnahme von Sharing in den MVV-Tarif, da dies erfahrungsgemäß das Risiko einer nicht-auskömmliche Finanzierung des Systems auf lange Sicht bergen würde. Des Weiteren ist der Sharer-Markt sehr volatil, ein Interessensausgleich im MVV kann jedoch langwierig sein kann, weswegen eine tarifliche Integration nicht praktikabel erscheint.

Somit müssten nur verbleibende Finanzierungsbedarfe aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden.

Themenspezifische Anmerkungen:

Thema	Antragsziffer	Bewertung
Beteiligung	1	Die SWM/MVG als städtischer Mobilitätsanbieter wird hier nicht explizit erwähnt, sondern über die AG Sharing beteiligt. Zur Zusammenarbeit in der AG s.o. Für die weitere Konzeption und die

Thema	Antragsziffer	Bewertung
		Umsetzungsphase werden in der AG Shared Mobility klare Beteiligungs- und Entscheidungsstrukturen benötigt.
Mobilpunkte	3-5	<p>Die SWM/MVG begrüßt den Bau von 100-200 Mobilpunkten in der 1. Ausbaustufe ebenso wie die Integrationsmodelle in Gewerbe und Wohnungswirtschaft und das integrierte Gesamtsystem im Großraum München. Wir weisen darauf hin, dass von den bestehenden MVG Radstationen bereits heute ca. 90% die Anforderungen an einen Mobilpunkt S erfüllen und somit eine hervorragende Basis für den Ausbau bieten.</p> <p>Die SWM/MVG versteht sich als Integrator für die Mobilität in München und sieht sich in der Rolle, die vorhandene Expertise und Umsetzungserfahrung aus den Pilotprojekten einschließlich der Verknüpfung zur digitalen Welt sowie zum klassischen ÖPNV einzubringen und die Umsetzung aktiv zu begleiten, um so zu einem tragfähigen und nachhaltigen Angebot für München zu kommen.</p>
Räder (bzw. Mikromobilität) MVG Rad	17 + 18 + 53	<p>Aus Sicht der SWM/MVG ist eine Fortführung und Weiterentwicklung des MVG Rad-Systems in Zusammenarbeit mit dem MOR zugunsten der Metropolregion München vorzuziehen. Eine rechtssichere Finanzierung des Betriebskostendefizits sowie des weiteren Betriebs über 2025 hinaus ist vorgezogen zu prüfen.</p> <p>Die als Option angegebene öffentliche Ausschreibung des/eines Mietradsystems birgt erhebliche Risiken für das bestehende System. Eine enge Abstimmung mit der MVG ist daher für das weitere Vorgehen zwingend erforderlich. Auch die angenommene Terminalschiene des MOR birgt Gefahren für eine Fortführung des bestehenden Systems über die Betriebszeit hinaus. Auch diesbezüglich sollte seitens MOR auf die vorhandene Expertise der SWM/MVG zurückgegriffen werden.</p> <p>Hinsichtlich der in AZ 18 geforderten Angebotsverbesserung in den Stadtrandbereichen bleibt offen, wie hier eine Finanzierung erfolgen kann oder soll. Das von der SWM/MVG entwickelte und dem Stadtrat 2019 vorgelegte Stationserweiterungs- und Ausbaukonzept für MVG Rad hat die Planung und</p>

Thema	Antragsziffer	Bewertung
		<p>Errichtung von 125 zusätzlichen MVG Radstationen vorgesehen, die zu etwa 2/3 in den Stadtrandgebieten situiert werden sollten. Hierdurch sollten Angebotslücken geschlossen, Nutzerbedürfnissen sowie der Vielzahl an BA- und Stadtratsanträgen entsprochen werden. Aufgrund der zweifelsohne verkehrlich sinnvollen Lage sowie der politischen Forderungen auf der einen und der wirtschaftlich wenig attraktiven Lage auf der anderen Seite hat die SWM/MVG in der damaligen Beschlussvorlage explizit auf die Notwendigkeit einer Finanzierung von Investitionskosten und Betriebskostendefizit hingewiesen. Aufgrund des Beschlusses des Stadtrats, „nur“ die Investitionskosten zu übernehmen, wurde das Ausbauprojekt einvernehmlich zwischen LHM und MVG zurückgestellt.</p> <p>Es ist unwahrscheinlich, ob andere Anbieter von Mobilitätsdiensten hier in den Stadtrandbereichen ohne entsprechende Gegenfinanzierung tätig werden.</p> <p>Die mit dem Mietradsystem MVG Rad befassten Kolleg*innen der SWM/MVG haben sich in den vergangenen 7 Jahre Wissen angeeignet und Erfahrungen gesammelt (u.a. europaweite Ausschreibung, Dienstleistersteuerung, Betriebs- und Qualitätsmanagement, Standortplanung, Stationsbau, Auswertung von Nutzerverhalten, Identifikation von Angebotslücken, Marktforschung, Betreuung von Bachelor- und Masterarbeiten, u.a. auch zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Mietradsysteme, etc.). Hierauf kann und muss zwingend zurückgegriffen werden statt diese Leistungen vom MOR nach extern zu vergeben und zu beauftragen. Dies widerspricht nach Ansicht der MVG einem wirtschaftlichen Umgang mit vorhandenen Geldern.</p> <p>Ergänzung zum Text der AZ 18: <i>Hierbei soll in Bezug auf das bereits vorgelegte und vollständig ausgearbeitete Stationserweiterungskonzept der SWM/MVG nochmals geprüft werden, ob eine Übernahme der Finanzierung des Betriebskostendefizits möglich ist.</i></p> <p>In AZ 53 holt sich das MOR den Auftrag zur Vergabe eines E-Lastenrad-Piloten. Diesbezüglich bietet die SWM/MVG ebenfalls gerne Expertise aufgrund von durchgeführten Marktrecherchen und ersten Abstimmungsterminen an. Zudem wäre eine räumliche und</p>

Thema	Antragsziffer	Bewertung
		<p>App-seitige Abstimmung und auch komplette Integration wünschenswert und anzustreben.</p>
Mobility as a Service	19-21	<p>Die SWM/MVG versorgen als kommunales Unternehmen München seit Jahrzehnten verlässlich und diskriminierungsfrei mit zentralen Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge. Im Zuge der Digitalisierung werden diese Leistungen der Daseinsvorsorge diskriminierungsfrei auf digitalen Infrastrukturen wie z.B. das Glasfasernetz in München, den M-Login oder die Mobilitätsplattform München ausgeweitet. Dabei ist zu unterscheiden, dass diskriminierungsfreie Leistungen nicht notwendig kostenfrei erbracht werden müssen.</p> <p>Formulierungsvorschlag AZ 20: Streichung <i>Eine tarifliche Integration von Shared Mobility Angeboten in nahtlose multimodale Wegeketten wird dabei angestrebt.</i></p> <p>Begründung: Da der Sharer-Markt sehr volatil ist, ein Interessensausgleich im MVV jedoch langwierig sein kann, ist eine tarifliche Integration nicht praktikabel. Gleichzeitig besteht im Tarif langfristiger Zuschussbedarf aus der öffentlichen Hand. Zudem besteht bei einer öffentlichen Finanzierung das Risiko, dass dies zu einer nicht auskömmlichen Finanzierung der Sharing Leistungen und damit in Folge einer dauerhaften Belastung der öffentlichen Haushalte führt.</p> <p>Streichungsvorschlag AZ 21: Durch AZ 22 wird AZ 21 redundant.</p>
Mobilitätsplattform / Basis DEFAS	22	<p>Der Status der Plattform der SWM geht deutlich über einen Piloten hinaus. Mit dem GoLive der App MVGO 2.0 in 02/22 werden voraussichtlich zwei weitere Sharing Anbieter neben MVG Rad tiefenintegriert sein, ebenso wie das Routing über DEFAS. Vrsl. ab 09/22 ist die Tiefenintegration mit dem ÖPNV gegeben.</p> <p>MVGO 2.0 ersetzt in 02/22 insbesondere MVG more als Zugang zum MVG Rad.</p> <p>Vor diesem Hintergrund ist die Notwendigkeit einer <u>weiteren</u> Mobilitätsplattform für München generell zu bestreiten.</p>

Thema	Antragsziffer	Bewertung
		<p>Die SWM/MVG sind bereit Partnern Zugang zu gewähren (z.B. in der Rolle Vertriebspartner) sowie den Aufgabenträgern eine Governance Rolle zuzusprechen. Die entsprechenden Rollen wurden von der SWM/MVG sowohl MOR als auch z.B. MVV explizit angeboten. Auch sehen die SWM/MVG in der Plattform explizit die Rolle Contributor, also die Bereitstellung von (technischen) Services der Plattform durch Dritte, vor. In dieser Rolle ist z.B. DEFAS bereits integriert. Analog dazu ist auch die Nutzung für "Mobility inside" gesetzt (hier „zu prüfen“).</p>
ID	23	<p>Die Digitalisierungsstrategie der LHM wird beim RIT entwickelt, der M-Login inkl. seiner Zahlungsfunktion spielt dort eine zentrale Rolle. Aus Sicht der SWM ist eine andere Login-Struktur für eine Plattform im Großraum München nicht von Vorteil. Für eine Förderung mit weiteren Login-Infrastrukturen sind die SWM offen.</p>
Datenplattform	24	<p>Beim Thema Daten schlagen die SWM/MVG vor, den in der Mobilitätsdatenverordnung des BMVI auf nationaler Ebene angelegten National Access Point (NAP) zu berücksichtigen. Hier existiert bereits eine öffentliche technische Infrastruktur zur Auflieferung und dem Bezug von Mobilitätsdaten. Eine weitere Infrastruktur ist nicht erforderlich, vielmehr sollte der NAP genutzt werden, nicht zuletzt um weitere Datenlieferungspflichten und damit Aufwand für alle VUs / MSPs zu vermeiden.</p> <p>Auch werden die Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Projekt VVD-M nicht aufgegriffen, welches gezeigt hat, dass die Verfügbarkeit technischer Infrastrukturen zum Teilen von Daten kein Problem darstellt, aber die schwierigen rechtlichen Rahmenbedingungen ein wesentliches Hindernis zum Teilen von Daten darstellen.</p>

Thema	Antragsziffer	Bewertung
ODM	25-27	<p>Zu AZ 25 und 26:</p> <p>Die Erarbeitung eines Angebots- und Betriebskonzeptes in der UAG ODM über die Münchner Stadtgrenzen hinaus ist sinnvoll und notwendig, bedeutet jedoch einen erheblichen Zeitaufwand in der Zukunft. Gleichzeitig ist mit dem IsarTiger schon ein Produkt auf dem Markt, das in den nächsten 1-2 Jahren mit einem angepassten wirtschaftlichen Konzept flächendeckend in Betrieb gehen soll. Die Erweiterung dieses Angebotes in Richtung Umland sollte im Rahmen der UAG ODM iterativ erarbeitet werden. Auf diese Weise kann die Umsetzung schneller gewährleistet werden.</p> <p>Die SWM/MVG weist darauf hin, dass bzgl. Umsetzung und Finanzierungskonzept mit den Pilotbetrieben eine Expertise erarbeitet worden ist. Daher muss die MVG hier miteingebunden werden.</p> <p>Alternativ zur Erarbeitung eines Konzeptes und einer Vergabe würden klare Zielsetzungen und Regeln für (verschiedene) Anbieter im On-Demand Service ausreichen (z.B. Vorgaben bzgl. Pooling, Eindämmung Leerfahrten).</p> <p>Zu AZ 27:</p> <p>Eine tiefe Integration von ODM in den vorhandenen ÖPNV (U-Bahn, Bus, Tram) sowohl aus betrieblicher Sicht als auch aus Sicht der Kundeninformation ist unstrittig. Die MVG bietet beides und hat über den Pilotbetrieb entsprechende Expertise entwickelt und strebt einen eigenwirtschaftlichen Betrieb von ODM an. Eine Vergabe ist in diesem Fall nicht notwendig oder sinnvoll.</p>

Freundliche Grüße



Telefon
Telefax



**Personal- und
Organisationsreferat**

POR-P3.222

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Mobilitätsstrategie 2035, Einstieg in die Teilstrategie Shared Mobility, Etablierung von Mobilpunkten und Angebotsausweitung in München“;
(Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04857)

Mobilitätsausschuss am 08.12.2021

An das Mobilitätsreferat

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 04.11.2021 zur Stellungnahme zugeleitet.

Geltend gemachter Mehrbedarf

Mit der Sitzungsvorlage wird die dauerhafte Zuschaltung von 11 VZÄ sowie die Entfristung einer Stelle im Baureferat beantragt:

- 8 VZÄ im Mobilitätsreferat
- 3 VZÄ im Baureferat
- 1 VZÄ Kreisverwaltungsreferat

Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates

Das Personal- und Organisationsreferat erhebt Einwände gegen den geltend gemachten Mehrbedarf, da dessen Unabweisbarkeit nicht gegeben ist und stimmt deshalb sowie aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Beschlussvorlage nicht zu.

Begründung:

Bei der Auslegung der Unabweisbarkeit ist ein strenger Maßstab anzulegen.

Unabweisbarkeit liegt nur dann vor, wenn Auszahlungen und Aufwendungen aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen geleistet werden müssen und zeitlich nicht aufgeschoben werden können sodass freiwillige Leistungen ausnahmslos nicht unabweisbar sind.

Der Stadtrat beschloss 2019, dass bis 2050 in München die Klimaneutralität erreicht werden soll (Sitzungsvorlagen Nr: 14-20 / V 16525). Die Shared Mobiliy, die Teil der Mobilitätsstrategie ist, strebt bereits eine Klimaneutralität des Verkehrssektors bis 2035 an.

Die Maßnahmen die im Rahmen der Shared Mobiliy (z.B. Mikromobilitätsverleihsystem, E-Lastenradsystems) durchgeführt/angestoßen werden, sind zwar ein wichtiger Baustein zur Erreichung der angestrebten Klimaziele, allerdings handelt es sich hierbei weder um eine unabweisbare noch um eine gesetzliche Pflichtaufgabe.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.



Dr. Dietrich
Berufsmäßiger Stadtrat

Datum: 28.12.2021

Telefon: [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]



Landeshauptstadt
München

Stadtkämmerei

Jahreshaushaltswirtschaft

Haushalt

SKA 2.12

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V04857 Mobilitätsstrategie 2035

Beschlussvorlage für den Mobilitätsausschuss am 08.12.2021

Öffentliche Sitzung

An das Mobilitätsreferat

Die Stadtkämmerei stimmt der o.a. Beschlussvorlage nicht zu.

Der Stadtrat hat in der Vollversammlung am 28.07.2021 im Rahmen des Änderungsantrags zur Beschlussvorlage „Haushaltsplan 2022, Eckdatenbeschluss“ (Vorlage Nr. 20-26/ V 03492) den Referaten ermöglicht, Einzelbeschlüsse einzubringen, wenn Finanzierungen auf Grund unabweisbarer oder vertraglicher Verpflichtungen notwendig werden. Eine Unabweisbarkeit liegt in diesem Fall nicht vor.

Die Stadtkämmerei weist darauf hin, dass im Rahmen des Eckdatenbeschlusses 2022 der Stadtrat den Auftrag erteilt hat, zum Schlussabgleich einen Verwaltungsvorschlag zu erarbeiten, der einen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens in Höhe der ordentlichen Tilgungsleistung beinhaltet.

Für den Fall, dass der Stadtrat die beantragte Haushaltsausweitung entgegen der Stellungnahme der Stadtkämmerei beschließen sollte, steht diese Ausweitung bis zur Verabschiedung des Haushalts unter Finanzierungsvorbehalt.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass der Stadtrat im Rahmen des Eckdatenbeschlusses für das Mobilitätsreferat auch zusätzliche Mittel in Höhe von 4.693.100 Euro für Personal- und Sachmittel beschlossen hat. Aus diesem Budget könnten die in der aktuellen Beschlussvorlage benannten Bedarfe, insbesondere die beantragten Stellen, finanziert werden.

Gezeichnet

[REDACTED] am 29.11.2021

